

Offener Brief

[Hintergrund: Denkfehler „Dollarhegemonie“ \(nachdenkseiten.de\)](#)



20. Januar 2023 um 9:00 Ein Artikel von: [Jens Berger](#)

Mit der Eskalation des Krieges in der Ukraine, den westlichen Sanktionen gegen Russland und den Spannungen zwischen den USA und China wird vor allem in kritischen Artikeln in alternativen Medien immer wieder die „Dollarhegemonie“ der USA thematisiert. Diese sei ein **Machtmittel**, von dem die Welt sich nun löse. Oft wird sie auch als „wahrer“ Kriegsgrund für diesen und jenen Krieg beschrieben. Einige Autoren gehen so weit, eine kommende „Ent-Dollarisierung“ als das Ende des US-Imperiums zu sehen. Hinter all dem steckt ein wahrer Kern, aber leider auch viel Unverständnis für makro- und finanzökonomische Fragen. Das ist ärgerlich, da so ein Teil der gerechtfertigten Kritik an der unfairen bis kriegerischen Außen- und Außenwirtschaftspolitik der USA auf eine falsche und daher unproduktive Schiene gelenkt wird. Zeit für einen unaufgeregten Blick hinter die Kulissen. Von **Jens Berger**.

Der **US-Dollar stellt fast 60 Prozent der weltweiten Reservewährungen** und ist zweifelsohne immer noch die **wichtigste Transaktionswährung** im internationalen Handel. Auch Länder, denen die USA nicht gerade freundlich gesinnt ist, nutzen für ihren Außenhandel häufig immer noch den US-Dollar. Da bietet sich es natürlich an, die Dominanz des US-Dollars als einen der Gründe für die führende Position der Weltmacht USA zu sehen. Doch so einfach ist es nicht. Um die Zusammenhänge zu verstehen, lohnt es sich daher, die Fragen, die sich aus dem gesamten Themenkomplex bilden, einmal transparent und hoffentlich verständlich zu erklären.

Welche Rolle spielen Transaktionswährungen überhaupt im internationalen Handel?

Nehmen wir mal an, Sie sind ein begeisterter Fotograf und sammeln Fotoapparate. Nun haben Sie online eine seltene Kamera bei einem japanischen Händler entdeckt. Die Frage, wie Sie die Ware bezahlen wollen, ist alles andere als trivial. Auf Ihrem Konto befinden sich Euro, auf dem Konto des Verkäufers Yen. Daher müssen Sie sich zunächst auf eine Transaktionswährung einigen. Sie könnten Euro in Yen tauschen und sie dem Japaner überweisen. Sie könnten ihm aber auch Euro überweisen und er tauscht sie in Yen. Alternativ könnten Sie auch Ihre Euro in US-Dollar tauschen, die der Verkäufer seinerseits in Yen zurücktauscht. Welche dieser Varianten infrage kommt, **entscheiden in der Regel jedoch nicht Sie, sondern Ihre Bank oder Ihr Zahlungsdienstleister, z.B. PayPal.** Die Währung, in der die Summe von Deutschland nach Japan transferiert wird, nennt man **Transaktionswährung.** Und was für den Hobbyfotografen gilt, gilt auch im großen Maßstab; nur dass es hier nicht immer die Bank ist, die über die Transaktionswährung entscheidet.

Dazu ein einfaches Beispiel: Wenn ein ungarischer Ölimporteur eine Lieferung über 100.000 Barrel Rohöl aus Iran ordert, gibt es verschiedene Möglichkeiten, wie er die Rechnung dafür bezahlt. In der Regel sollte ein solches Geschäft in Euro fakturiert werden. Der Ungar tauscht also seine Forint gegen Euro ein und überweist sie an den Exporteur in Iran. Der führt seine Konten jedoch in iranischen Rial und tauscht seinerseits die Euro, die er von seinem ungarischen Geschäftspartner überwiesen bekommen hat, in Rial um.

Welche Auswirkungen hat dieses Geschäft nun auf den Euro? Die vielleicht überraschende Antwort ist: Gar keine, da der Iraner die gleiche Menge an Euro wieder auf den Markt wirft, die der Ungar zuvor vom Markt eingekauft hat – ein Nullsummenspiel. Und würde sich dies ändern, wenn der Handel nun in US-Dollar abgerechnet wird? Nein. In diesem Falle tauscht der Ungar lediglich seine Forint in US-Dollar um, die der Iraner dann wieder in Rial umtauscht. **Die Transaktionswährung spielt bei internationalen Handelsgeschäften rein ökonomisch keine Rolle.** Zu den Feinheiten, warum die Transaktionswährung in bestimmten Fällen doch eine Rolle spielen kann, kommen wir später.

Was ist eine Reservewährung?

Natürlich ist die reale Welt etwas komplexer als dieses Grundlagenbeispiel. Volkswirtschaftlich ist es vor allem für kleinere Staaten ungemein wichtig, die eigene Währung gegenüber den Währungen für strategisch und ökonomisch wichtige Importe stabil zu halten. Denn wenn die eigene Währung gegenüber der Währung, in der man z.B. seine Öl- oder Gaslieferungen importiert, auf Dauer an Tauschwert verliert, verteuern sich diese Importe. Daher betreiben nahezu alle Zentralbanken

dieser Welt eine Art aktives Währungsmanagement – man interveniert, wenn der Wechselkurs einen zuvor bestimmten Korridor verlässt.

Aus diesem Grund macht es natürlich vor allem bei langfristigen Importverträgen Sinn, die Notierung und Abrechnung in einer Währung festzulegen, die von der eigenen Zentralbank gegenüber der heimischen Währung aktiv abgesichert wird. Und hier kommt die sogenannte „Reservewährung“ ins Spiel. Dies ist die Währung, in der die nationalen Zentralbanken ihre Devisenreserven halten, um bei Kursschwankungen eingreifen zu können. Weltweit bestehen die Währungsreserven derzeit zu 60 Prozent aus US-Dollar und zu 20 Prozent aus Euro – dahinter kommen dann noch der japanische Yen und das britische Pfund. Der chinesische Renminbi stellt zurzeit nur zweieinhalb Prozent der Währungsreserven. Der kanadische und der australische Dollar und der Schweizer Franken spielen noch Statistenrollen und das war es dann auch schon. Alle anderen Währungen spielen als Reservewährung de facto gar keine Rolle.

Der Dollar ist also nicht deshalb Weltwährungsreserve Nummer Eins, weil Rohstoffe oft in Dollar gehandelt werden, sondern Rohstoffe werden oft in Dollar gehandelt, weil der Dollar Weltwährungsreserve Nummer Eins ist. Würde unser Ungar sein Öl aus Iran nämlich nicht in Dollar oder Euro, sondern beispielsweise isländischen Kronen bezahlen, wäre dies zwar erst einmal auch nur ein Nullsummenspiel. Anders sieht es jedoch bereits bei einem Warentermingeschäft aus und gerade der internationale Energiehandel wird zum größten Teil über solche Warentermingeschäfte abgewickelt.

Wenn der Ungar heute einen Kontrakt für eine Lieferung am 1. August erwirbt und dafür einen festen Preis in isländischen Kronen vereinbart, müsste er sich bis zu diesem Zeitpunkt gegen Kursschwankungen zwischen seinem Forint und der Krone absichern. Sonst wäre der real zu zahlende Kaufpreis unkalkulierbar. Das sind Zusatzkosten, die er natürlich scheut. Darum wird der Ungar im konkreten Fall bei einem Warentermingeschäft die Zahlung in Euro bevorzugen, da die ungarische Zentralbank den Forint gegenüber Kursschwankungen zum Euro absichert und ihm diese Aufgabe damit abnimmt. Gerade bei langfristigen Verträgen ist es besonders wichtig, eine Währung zu wählen, gegen die die eigene Währung aktiv abgesichert ist.

Bis 1973 waren solche Fragen übrigens ziemlich egal, da der US-Dollar durch das Bretton-Woods-System eine Ankerwährung war, an die alle anderen wichtigen Währungen der Welt in einem System mit festgelegten Wechselkursbandweiten gekoppelt waren. Mit dem Ende von Bretton-Woods drohte der Ölmarkt, der durch

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

die erste Ölkrise ohnehin bereits hyperventilierte, durch Währungsturbulenzen dauerhaft seine Stabilität zu verlieren. Um dies zu verhindern, verpflichtete sich Saudi-Arabien als größter OPEC-Lieferant, sein Öl fortan nur noch gegen US-Dollar zu verkaufen. Das war auch für andere Staaten durchaus sinnvoll, da so die ohnehin bereits vorhandene alte Ankerwährung als Reservewährung nun auch die wichtigen Ölimporte abdeckte. Wichtig ist jedoch: Hierbei ging es nur um die Transaktionswährung! Viel wichtiger ist jedoch, was der Verkäufer schlussendlich mit den Einnahmen macht.

Holländische Krankheit und Petrodollar-Recycling - die realen Währungsprobleme

Im oben genannten Beispiel tauscht der Ölexporteur Iran die Transaktionswährung Euro sofort nach dem Handel in seine Landeswährung ein. Dies würde jedoch langfristig zu einer steigenden Nachfrage nach dem iranischen Rial und damit einer Aufwertung der Währung führen. Solche Aufwertungen sind jedoch Gift für die Konkurrenzfähigkeit von Volkswirtschaften, da die einheimischen Unternehmen ihre Kosten für Löhne, Energie und Kapital ja in der einheimischen Währung aufbringen müssen. Die Folge einer solcher Währungsaufwertung durch großvolumige Rohstoffexporte bezeichnen Ökonomen als „Holländische Krankheit“ – benannt nach dem Problem der Niederlande mit der durch die Öl- und Gasexporte aus den Nordseevorkommen resultierenden Aufwertung des Gulden in den 1960ern. Ähnliche Probleme haben auch Venezuela, Aserbaidschan und vermehrt durch die Sanktionen auch Russland. Dass der Rubel seit den Sanktionen aufgewertet hat, ist nämlich nicht nur ein Vorteil, da sich dadurch die Exporte relativ verteuern und die Wettbewerbsfähigkeit der russischen Volkswirtschaft sinkt. Der einzig sinnvolle Ausweg aus der Misere stellt eine Praxis dar, die ironischerweise als „Petrodollar-Recycling“ beschrieben wird.

Wenn Iran in unserem Beispiel die Einnahmen nicht in die heimische Währung Rial umtauscht, sondern entweder direkt oder indirekt in einem anderen Währungsraum investiert oder aber in gleichem Umfang Güter aus einem anderen Währungsraum importiert, vermeidet es eine Aufwertung des Rial. Beispielhaft dafür sind sowohl Saudi-Arabien als auch Norwegen. Wenn ein saudischer Prinz für 150 Millionen Dollar einen Modigliani ersteigert oder sich in Belgravia für Phantasiepreise eine Villa nach der anderen kauft, so trägt dies auch zur Stabilität des Saudi-Riyal bei, da die Devisenüberschüsse damit abgebaut werden. Auch die gigantischen Rüstungsimporte des Landes haben – aus rein ökonomischer Perspektive – nebenbei den Effekt der Stabilität der eigenen Währung. Norwegen

wiederum hat einen „staatlichen Pensionsfonds“ aufgelegt, der ausschließlich in anderen Währungsräumen investiert und mittlerweile ein Volumen von mehr als einer Billion US-Dollar hat. Das hat nicht nur etwas mit langfristigen Erträgen zu tun. Nur so kann das Land sich dagegen absichern, dass **die eigene Währung durch die Öl- und Gasimporte unkontrollierbar aufwertet** und das Land an der Holländischen Krankheit eingeht. **Für die Frage der Wechselkurse und des Wertes einer Währung ist es also im Grund egal, ob in dieser Währung Handelsgeschäfte stattfinden. Wichtig ist, in welchen Währungsraum Investitionen fließen und das die Außenhandelsbilanz möglichst ausgeglichen ist.**

Greifen China und andere Schwellenländer den Dollar an?

Eine ähnliche Praxis verfolgt auch China bereits seit Jahren. Das Reich der Mitte erzielt Jahr für Jahr gegenüber dem Euro- und dem Dollarraum massive Außenhandelsüberschüsse und stößt dabei bereits beim „Recycling“ an die Grenzen. Vor diesem Hintergrund liest man **auch die Meldungen** anders, nach denen Chinas Initiative, **Ölimporte nicht mehr in Devisen, sondern in der Landeswährung Renminbi bzw. Yuan zu fakturieren.** Kritische Kommentatoren in alternativen Medien werten dies oft als „Plan, den Dollar zu killen“. Hat China denn kein Interesse mehr daran, **Dollar- oder Eurorecycling** zu betreiben? Will man den Renminbi nun tatsächlich aufwerten, wie die USA es ja seit Jahren fordern? Denn das ist es ja, was die Autoren solcher Artikel immer wieder verwechseln – wenn China **seine Devisenüberschüsse nicht reinvestiert oder für Importe ausgibt, stärkt dies mittel- bis langfristig die eigene Währung, was den USA sogar sehr gelegen käme,** da dies die **Außenhandelsdefizite im amerikanisch-chinesischen Handel senken würde;** genau das, was z.B. Donald Trump als Wahlversprechen nicht umsetzen konnte.

Doch um eine Aufwertung wird es China dabei nicht gehen. Man hat vielmehr ein starkes Interesse daran, den Renminbi vor allem in Asien zur wichtigsten Reservewährung zu machen und seine Nachbarn so noch stärker an sich zu binden. Insofern würde es – auch in Bezug auf die chinesische Idee einer **„Neuen Seidenstraße“** hin – durchaus Sinn machen, den Renminbi auch über eine Funktion als Handelswährung zu pushen. Mit der reinen Frage der Transaktionswährung hat dies jedoch nicht viel zu tun.

Hedging und Waretermingeschäfte – es wird komplex

Kommt es also volkswirtschaftlich dann nur darauf an, was der Verkäufer mit den Einnahmen macht und die Transaktionswährung ist egal? Könnte Iran sein Öl dann doch auch in isländischen Kronen verkaufen? Theoretisch ja, aber darauf würden

sich die Kunden wohl nicht einlassen. Denn wenn wir nicht den einzelnen Handelsvorgang, sondern die Summe aller Transaktionen betrachten, kommt ein ordentliches Volumen zusammen. Je größer der weltweite Markt für eine bestimmte Währung ist, desto besser eignet sie sich als Transaktionswährung. Ökonomen sprechen hier von der „Liquidität“ des Marktes.

Besonders wichtig ist dieser Faktor, wenn es (s.o.) um Waretermingeschäfte und die damit verbundenen Möglichkeiten geht, sich gegen Preisschwankungen abzusichern. Ein großes ölverarbeitendes Unternehmen hat beispielsweise ein verständliches Interesse daran, sich gegen zu hohe Ölpreise abzusichern. Umgekehrt haben Ölexporteur ein ebenso verständliches Interesse daran, sich gegen zu niedrige Ölpreise abzusichern. Dies wird in der Praxis an den Finanzmärkten über sogenannte Derivate (Optionsgeschäfte, Futures) vollzogen, die vor allem für den Handel selbst eine wichtige Rolle spielen, um die Transaktionskosten und -risiken zu minimieren. Solche Derivatgeschäfte sind jedoch immer Nullsummenspiele, bei denen es eine zweite Partei benötigt, die den Gegenpart einnimmt.

Würde unser ungarischer Ölimporteur heute ein Derivat kaufen, das ihm die Lieferung von 100.000 Barrel Rohöl am 1. Juni zum Preis von 80 US-Dollar garantiert, dann braucht er einen Handelspartner, der genau diesen Kontrakt erfüllen will. Den wird er sicher finden. Einen Handelspartner, der ihm zum 1. Juni einen Preis von 11.500 isländischen Kronen garantiert, wird er indes lange suchen müssen. Ein solcher Markt kann nur dann funktionieren, wenn möglichst viele Teilnehmer von beiden Seiten (also Käufer und Verkäufer) vorhanden sind. Und wer will sich international in isländischer Krone gegen einen sinkenden Ölpreis absichern? Niemand. Und genau dies ist auch der Grund, warum auch weitverbreitete Währungen abseits des US-Dollars für solche Geschäfte meist eher ungern verwendet werden.

Der Markt für Rohstoffhandelsderivate in Yuan oder Rubel ist verschwindet klein und es gibt keinen weltweit anerkannten Basispreis für Rohstoffe in diesen Währungen. Selbst die zweitgrößte Währung der Welt, der Euro, ist bei Derivaten eher die Ausnahme. Solche Papiere werden weltweit vor allem in US-Dollar gehandelt und angeboten. Natürlich könnte man sich in der Theorie auch doppelt absichern – einerseits in US-Dollar gegen Schwankungen bei den Rohstoffpreisen und dann noch gegen Schwankungen der Bezugswährung gegen den US-Dollar. Das würde jedoch auch mindestens doppelt so teuer und die Gewinner wären letzten Endes nur Finanzdienstleister. Daher haben aus ökonomischer Sicht weder die

Importeure noch die Exporteure ein gesteigertes Interesse daran, den US-Dollar als Transaktions- oder Bezugswährung für Lieferverträge abzulösen.

Können die USA dank des Dollars Geld drucken?

In diesem Zusammenhang wird auch gerne in einigen kritischen Artikeln darauf verwiesen, dass die Dominanz des US-Dollars für die USA vor allem deshalb so wichtig sei, weil sie dadurch „Geld drucken“ könnten. Auch hier steckt zwar ein Stück Wahrheit drin, aber in der Pauschalität ist das eher falsch. Richtig ist, dass die Funktion als Weltreservewährung es der US-Regierung erleichtert, Schulden aufzunehmen. Man darf sich eine Währungsreserve ja nicht als Dagobert Ducks Geldspeicher vorstellen, in dem die ganzen Devisen gehortet werden. Chinas Dollar-Reserven werden beispielsweise zum großen Teil mittel- bis langfristig angelegt, um Zinsen zu erwirtschaften. Davon besteht wiederum ein Großteil in der Tat aus US-Staatsanleihen. Warum? Diese Papiere sind sicher und es besteht ein gigantischer Markt für sie, so dass man sie ohne Verluste bei Bedarf auch im größeren Maßstab wieder verkaufen kann. Ob die USA deshalb aber auf China angewiesen sind, um sich verschulden zu können, ist eine andere Frage.

China hält zurzeit US-Staatsanleihen im Volumen von 910 Mrd. USD. – das ist viel, aber weniger als in der Vergangenheit. 2013 waren es noch 1,3 Billionen US-Dollar. Doch selbst das ist im Vergleich zur gesamten Staatsverschuldung der USA, die 31,5 Billionen US-Dollar beträgt, nur ein verschwindend kleiner Teil. Auch ohne China und andere Staaten als Gläubiger könnten die USA sich problemlos in welchem Maß auch immer verschulden; und sei es – wie zu Zeiten der Finanzkrise – direkt bei der eigenen Notenbank FED. Die Zusatznachfrage durch Währungsreserven anderer Staaten hat letztlich nur einen kleineren – nicht genau zu beziffernden – Effekt auf die Höhe des Zinses. Aber auch hier könnte die FED ohne Probleme intervenieren, wenn es denn tatsächlich zu Problemen käme.

Nicht die Weltwährungsreserven, sondern die schiere Dominanz des US-Finanzsystems ist hier der entscheidende Faktor. Solange die Ersparnisse der Welt in die USA fließen, wird auch die Nachfrage nach US-Staatsanleihen groß sein.

Soweit die Theorie – aber wie sieht es denn in der Praxis aus?

Nun sollte man aus all dem aber nicht den Schluss ziehen, dass ja eigentlich alles prima sei und die US-Dollar-Dominanz für alle Beteiligten nur Vorteile hätte. Das wäre nur dann der Fall, wenn die USA ein ehrlicher Makler wären und ihre Rolle als Hüter des Dollars verantwortungsvoll und fair verfolgen würden. Doch das Gegenteil

ist der Fall. Daher lohnt es sich durchaus, die bisherigen Beispiele einmal auf Praxistauglichkeit zu prüfen.

Fangen wir mit dem banalen Anfangsbeispiel mit der Kamera aus Japan an. Natürlich könnte der deutsche Sammler jede Währung der Welt als Transaktionswährung nehmen. Das geht aber nicht, da die Währung faktisch von den Banken und Dienstleistern bestimmt wird. Welche Transaktionen beispielsweise PayPal „unter der Motorhaube“ vornimmt, wissen wir nicht und wir können dies auch nicht beeinflussen. Das Einzige, was wir wissen, ist, dass PayPal sich diesen Dienst fürstlich bezahlen lässt. Nicht ganz so fürstlich, aber durchaus lukrativ ist dieser Geschäftszweig auch für die internationalen Banken und mehr noch die Groß- und Investmentbanken, die die Devisen- und Warentermingeschäfte betreiben. Im Grunde stellen deren Dienstleistungen **einen modernen Zehnt** dar – man muss ihn abführen, wenn man international Handel betreibt, ob man dies nun will oder nicht. Und **da das Weltfinanzsystem amerikanisch geprägt ist**, wird sich **die Dominanz des US-Dollars nicht verringern**.

Was ist die Alternative? Natürlich könnte man Waren und Dienstleistungen über Währungsräume hinweg auch zu festen Preisen oder Preisen mit fixer Anpassungsklausel liefern. Das war beispielsweise bis in die späten 1990er bei den russischen Energielieferungen nach Deutschland der Fall. Hier hatten jedoch auch beide Seiten ein klares Interesse an einer solide planbaren, langfristigen Perspektive. Deutschland brauchte sichere Energie zu planbaren Preisen, die Sowjetunion brauchte planbare Deviseneinnahmen und einen Abnehmer für die westsibirischen Gas- und Ölvorkommen. Ein Sonderfall. Meist geht es bei solchen Handelsbeziehungen eher darum, dass der Verkäufer seine Rendite maximieren und der Käufer seinen Einkaufspreis minimieren will. Und wenn es dann noch für ein Handelsgut einen liquiden weltweiten Markt gibt, sieht es mit der Nutzenmaximierung beider Parteien nun einmal eher kompliziert aus. Warum sollte Iran – um das zweite Beispiel heranzuziehen – erpicht darauf sein, Ungarn in der Zukunft Öl zu einem Preis zu liefern, der womöglich deutlich unter dem Weltmarktpreis liegt? Um das zu verhindern, wendet man sich an die Warenterminmärkte und hier ist es dann mit der Alternative vorbei, da man einen liquiden Markt in einer weltweit für diese Zwecke genutzten Währung benötigt.

Dass der US-Dollar überhaupt mehr und mehr an Marktanteilen verliert, ist vor allem Schuld der USA selbst. Warum das so ist, lässt sich ganz hervorragend am Beispiel des ungarisch-iranischen Ölhandels erklären. Denn auch wenn es für beide Seiten ökonomisch durchaus rational wäre, diesen in Euro oder US-Dollar abzuwickeln, so

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

ist dies im konkreten Fall gar nicht möglich, da Iran ein Opfer der US-Sanktionen ist und amerikanischen Unternehmen jegliche Handelstätigkeit mit Iran verboten ist. Dies schließt auch Banken und andere Finanzunternehmen ein. **Und da Europa sich in der selbstgewählten Abhängigkeit zu den USA befindet,** gilt dies unisono auch für den Euro. Iran kann also keine US-Dollar oder Euro aus Ungarn entgegennehmen, da es schlicht keine Bank gibt, bei der Iran ein Verrechnungskonto dafür betreiben könnte. Zudem sind Irans Banken durch die US-Sanktionen nicht mehr an das – interessanterweise europäische – SWIFT-System angeschlossen, so dass eine Überweisung schon aus technischen Gründen gar nicht möglich wäre. Will Ungarn also Öl aus Iran kaufen, so muss es zwangsläufig alternative Finanztransaktionssysteme nutzen und eine andere Transaktionswährung als den US-Dollar oder den Euro nutzen.

Der **kalkulierte Machtmissbrauch der USA** ist es auch, der auf anderen Feldern den US-Dollar als „Weltwährung“ ausscheiden lässt. So haben beispielsweise die Sanktionen gegen Russland gezeigt, dass es gar keine gute Idee ist, seine Devisenreserven in US-Dollar oder gar in Form von US-Staatsanleihen zu halten, wenn man im Visier der US-Regierung steht. **Diese Reserven waren nämlich bereits nach der ersten Sanktionsrunde weg – Konten wurden eingefroren,** Zahlungen wurden unterbunden, so dass Russland sogar den technischen Staatsbankrott erklären musste. Wer kann es nicht-westlichen Staaten da verdenken, dass sie nun nach Alternativen suchen?

Ist das Ende der Dollar-Hegemonie damit gekommen?

Welche Folgen hätte es denn für die USA, wenn große Volkswirtschaften wie China, Indien oder Russland dem Dollar farewell sagen? Nun, ein kompletter Abschied vom US-Dollar ist zumindest für China und Indien weder möglich noch vorgesehen. Denn auch wenn der Außenhandel sich in den letzten Jahrzehnten in Richtung Asien verschoben hat, so ist der Westen immer noch der mit Abstand größte Handelspartner dieser Länder und dies sowohl bei den Einfuhren als auch bei den Ausfuhren. Gleiches gilt für Südamerika und für Afrika. Andererseits ist jedoch der Handel zwischen den nicht-westlichen Ländern in den letzten Jahrzehnten gewachsen und es gibt keinen Grund, warum sich hier keine Transaktionsmechanismen entwickeln und durchsetzen sollten, die nicht auf dem US-Dollar basieren und nicht von den westlichen Finanzzentren und in letzter Konsequenz vom Wohlwollen der US-Regierung abhängen.

Diese Entwicklung ist vorherbestimmt und sie wird fortschreiten. Es ist vollkommen verständlich, dass Staaten wie Russland und Iran, die Gegenstand amerikanischer

Sanktionen sind, ein Interesse haben, das Settlement und Clearing nicht über das mit dem Dollar verbundene Finanzsystem in New York vorzunehmen, wo die US-Behörden volle Zugriffsrechte haben und daher auf andere Transaktionswährungen und -formen ausweichen.

Doch warum soll das das Ende des Dollars oder gar der Todesstoß für die USA sein? Was würde sich denn für die USA ändern, wenn z.B. China und Thailand ihren kompletten bilateralen Handel künftig in Yuan fakturieren (so sie das nicht ohnehin schon tun)? Würden dadurch die Zinsen für US-Staatsanleihen steigen? Nein. Könnten die USA sich dann nicht mehr so gut verschulden? Nein. Würde der US-Dollar an Wert verlieren? Nein. Würden die USA dadurch untergehen? Selbstverständlich nicht. Es gibt jedoch zwei wichtige Faktoren, auf die eine solche Umstellung durchaus Folgen hätte, wenn sie denn im großen Rahmen vollzogen würde.

Da wäre zum einen das US-dominierte westliche Finanz- und Bankensystem. Dessen Akteure verdienen – wie dargelegt – an den Devisentransaktionen und mehr noch den Warentermingeschäften und dem Hedging ganz ausgezeichnet. Würden beispielsweise Banken aus Hong Kong oder Shanghai diese Rolle übernehmen, wäre dies für die USA schon ein harter Schlag, da sie ihre Weltmacht zu großen Teilen auf den omnipräsenten Finanzsektor stützen. Das im Detail hier auszuführen, würde jedoch den Rahmen endgültig sprengen.

Zum anderen würden Alternativen zu dollar-dominierten Finanztransaktionssystemen die Macht der USA ganz konkret mindern. Sanktionen und Sanktionsdrohungen würden dann einen Teil ihrer Bedrohung einbüßen. Das ist weniger für Supermächte wie China, sondern vor allem für kleinere Staaten sinnvoll, die Gefahr laufen, ins Visier des US-Imperiums zu geraten. Würde beispielsweise der Ausschluss vom SWIFT-System und ein Einfrieren aller Devisenkonten im Westen solchen Staaten heute den ökonomischen Todesstoß versetzen, würden Alternativen, die beispielsweise der Macht Chinas unterstehen, diese Bedrohung mindern. Dass die USA dies nicht wollen, ist klar.

Nur nicht übertreiben

Es geht also durchaus um wichtige Punkte, die auch die hegemonialen Interessen der USA betreffen. Man sollte jedoch den Ball flachhalten und die Dollar-Frage als das verstehen, was sie ist – einer von vielen Faktoren, die in Kombination die Dominanz der USA bilden. Dass es Bewegungen gibt, den US-Dollar vor allem im innerasiatischen Handel zu verdrängen, ist unbestreitbar und eine vollkommen

logische Entwicklung, die mit dem Aufstieg Chinas zur ökonomischen Weltmacht in Verbindung steht. Warum sollte China dem US-Finanzsektor eine Art Monopolstellung in Asien einräumen? Doch davon geht weder die Welt noch die Supermacht USA unter.

Eine „Vernichtung“ des US-Dollars ist weder wahrscheinlich, noch könnte sie im Interesse Chinas oder anderer Länder sein. Lassen Sie sich also bitte nicht durch Aussagen verrückt machen, die suggerieren, die Frage von Krieg und Frieden sei eine Frage von Währungen. Die aggressive Politik der USA ist auch so schon schlimm genug und muss auf jeden Fall scharf kritisiert werden. Wer dies mit einer falschen – leicht zu widerlegenden – Begründung macht, verschenkt nur seine Energie und erweist der Sache einen Bärendienst. Viel wichtiger wäre es, in diesem Kontext endlich die Dominanz der USA bei den Finanzstrukturen zur Sprache zu bringen. Denn dass die US-Behörden de facto andere Staaten vom Welthandel abschneiden können, da sie über das SWIFT-System in Belgien und Clearing-Plattformen in New York gehen, ist an sich schon bemerkenswert und kritikwürdig – und dabei spielt es dann auch keine Rolle, ob diese Staaten nun ihre Rechnungen in Dollar, Euro, Rubel oder in sambischen Kwachas bezahlen.

[EU-Sondertribunal gegen Russland – Heuchelei in Hochform \(nachdenkseiten.de\)](#)

20. Januar 2023 um 12:03 Ein Artikel von: [Tobias Riegel](#)

Mit großer Mehrheit fordert das EU-Parlament ein Sondertribunal zum Ukrainekrieg. Es soll russische Kriegsverbrechen ahnden, bis hinauf zu Präsident Wladimir Putin. Bindend ist die Resolution nicht – aber sie ist ein weiterer Mosaikstein in der Propaganda: Der einzige Zweck des Vorstoßes ist Zuspitzung und eine moralische Selbstüberhöhung, die bei näherer Betrachtung grotesk wirkt. Der Schritt trägt damit zur Eskalation bei, er wirkt einem Waffenstillstand eher entgegen und er entblößt die Heuchelei der Abgeordneten. Ein Kommentar von **Tobias Riegel**.

Zur Verteidigung der Forderung nach dem Sondertribunal und zur Darstellung des Ukrainekrieges als angebliche historische Einmaligkeit wurden von EU-Parlamentariern einmal mehr schwere verbale Geschütze ins Feld geführt, [wie Medien berichten](#). Nicola Beer, Parlamentsvizepräsidentin und Abgeordnete der FDP, nutzte etwa den auch in der Holocaust-Forschung genutzten Begriff vom „Zivilisationsbruch“, um das Vorgehen Russlands in der Ostukraine zu beschreiben:

„Russische Kriegsverbrecher kommen nicht ungestraft davon, denn Straffreiheit für diesen Zivilisationsbruch wäre die bitterste Niederlage der Völkergemeinschaft.“

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Und der Grünen-Abgeordnete Sergeij Lagodinsky behauptete, Russland hätte die Ukraine bereits 2014 angegriffen – dabei wurde der Ukrainekrieg 2014 von westukrainischer Seite angefangen, als mit einer „Antiterror-Operation“ die von Russland unterstützten Bürger des Donbas angegriffen wurden, die sich der neuen Umsturzregierung in Kiew nicht unterordnen wollten. Lagodinsky sagte dennoch:

„Verbrechen fangen nicht an mit den Toten in Butscha, nicht mit Folterkellern in Cherson, nicht mit Filtrationslagern im Donbass. Verbrechen haben mit dem Angriff der russischen Truppen auf die Ukraine angefangen. Erst 2014, dann 2022.“

Auch der neue Verteidigungsminister Boris Pistorius sagte gerade laut Medien (in einem anderen Zusammenhang), Russland führe einen „grausamen Vernichtungskrieg“. Interessant ist aber auch, dass Pistorius Mitglied der (mittlerweile aufgelöst) deutsch-russischen Freundschaftsgruppe des Bundesrates war.

Die selektive Moral des EU-Parlaments

Wasser in den Wein der moralischen Selbstbesoffenheit des EU-Parlaments kippte der irische Linke Mick Wallace, der den Vorstoß für scheinheilig hält. Natürlich müsse Russland für seine Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. **Allerdings seien NATO-Staaten mit ihren Angriffskriegen gegen Jugoslawien, Afghanistan, Syrien oder den Jemen ungestraft davongekommen.**

Es gibt keinen Krieg ohne Kriegsverbrechen. Seriöse Untersuchungen würden im Ukrainekrieg mutmaßlich schlimme Vergehen auf beiden Seiten aufdecken. Die russische Seite soll hier keineswegs abgeschirmt werden. Zentral für eine moralische und völkerrechtliche Einordnung der Vorgänge wäre aber **eine Untersuchung der Vorgeschichte des Krieges**, die von vielen Medien aggressiv abgewehrt wird. Wie fragwürdig der Versuch ist, den Ukrainekrieg als einen absoluten Sonderfall in der Geschichte der Kriege darzustellen und dass es in der Debatte eine **massive „False Balance“** (Falsche Ausgewogenheit) **zugunsten der NATO-Kriege** gibt, haben wir gerade in diesem Artikel beschrieben – dort wird auch betont, dass NATO-Verbrechen selbstverständlich nicht andere Verbrechen rechtfertigen.

Frieden ohne Russland nicht möglich

Zu einem Auskommen zwischen Russland und Resteuropa gibt es keine Alternative. Die Vermeidung einer zugespitzten Konfrontation und einer feindlichen

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

antirussischen Propaganda ist kein Zeichen der politischen Schwäche. Gerade wer ein berechenbares Russland möchte, das in Frieden mit den Nachbarn lebt, **darf diese Nachbarn nicht propagandistisch und militärisch so aggressiv gegen Russland in Stellung bringen, wie es in den letzten Jahren mit Unterstützung der USA geschehen ist.** Zusätzlich wurde der Regionalkonflikt um Donbas und Krim **von westlicher Seite vorsätzlich zu einem potenziell „großen Krieg“ ausgeweitet.**

Wer Frieden in Europa möchte, der kann nicht die Sicherheitsinteressen Russlands vom Tisch fegen – das bedeutet nicht, dass man eigene Sicherheitsinteressen vernachlässigt: Ein dauerhafter Ausgleich muss her, **doch der soll mutmaßlich vor allem im Sinne der USA verhindert werden.** Die essenziellen Forderungen nach Verständigung und Kompromiss zwischen Russland und Resteuropa bedeuten nicht den Willen zur Unterwerfung unter ein „russisches System“. Sie sind vielmehr Ausdruck eines Verantwortungsgefühls für die gemeinsame Zukunft des Kontinents.

Dass die **westliche Sanktionspolitik und die Waffenlieferungen** das schlimme Leid der ukrainischen Zivilisten nicht lindern, **sondern mutmaßlich verschlimmern und verlängern, ist offensichtlich** (siehe [hier](#) und [hier](#)). Darum konnten der Wirtschaftskrieg gegen Russland (mit seinen Folgen für die Bürger hierzulande) und die **kriegsverlängernden Waffenlieferungen zu keinem Zeitpunkt moralisch begründet werden.**

Russland und andere Staaten haben Strafgerichtshof den Rücken gekehrt

Russland zählt zu den Unterzeichnern des Vertrags zum Internationale Strafgerichtshof in Den Haag, zog das aber 2016 wegen der **einseitigen Ausrichtung des Strafgerichtshofs** wieder zurück. Laut [damaligen Medienberichten](#) sahen das 2016 auch andere Staaten so:

„Im Oktober hatten Gambia, Burundi und Südafrika ihren Austritt aus dem Gericht angekündigt, da er nach ihrer Ansicht einseitig gegen Afrika gerichtet ist. Neun der zehn bisher angestregten Verfahren behandeln Verbrechen auf dem afrikanischen Kontinent.

Das Gericht ignoriere die „Kriegsverbrechen“ westlicher Politiker völlig, hieß es. Immer wieder wird als Beleg für eine **Voreingenommenheit des Strafgerichtshof dessen Weigerung erwähnt, den früheren britischen Premierminister Tony Blair wegen des Irak-Kriegs anzuklagen.“**

NATO feiert „Tag des Vergessens“

Wegen des Rückzugs Russlands vom Vertrag für den Internationalen Strafgerichtshof möchte das EU-Parlament mit dem „Sondertribunal“ nun einen Ersatz schaffen. Weil es gut zu einem einzig auf Russland zugeschnittenen EU-Sondertribunal und der damit **verbundenen Geschichtsvergessenheit** passt, wird hier an eine nicht ganz ernstgemeinte Kurzmeldung erinnert, die kürzlich über unserem **satirischen Nachrichtenticker** gelaufen ist:

NATO feiert „Tag des Vergessens“

*Der 24. Februar – also der Tag des Beginns des mit Abstand brutalsten und völkerrechtswidrigsten Angriffskriegs in der Geschichte – soll künftig ein NATO-Feiertag werden: der „**Tag des großen Vergessens**“.*

*„So zynisch es klingt, diesen Tag zum Feiertag zu machen, so zynisch ist es auch“, so ein NATO-Sprecher. Dennoch wolle man sich von dieser wichtigen Geste gegen homophobe, antisemitische Autokratien nicht abhalten lassen. **Die Idee sei, alle vor dem 24.2.2022 datierten Angriffskriege aus der Historie zu streichen.** „Das machen viele Medien ja **bereits**“, so der Sprecher weiter, „wir wollen das jetzt nur noch einmal offiziell feststellen.“ Damit würde man auch der russischen Propaganda entgegentreten, **die eine „Vorgeschichte“ zum Ukrainekrieg konstruieren wolle.***

*Zu feiern gebe es am 24. Februar ja **nicht nur die erheblichen Gewinne für die NATO-Führungsmacht USA, die ihr aus dem Wirtschaftskrieg gegen Europa zufließen.** Erfreulich sei doch auch, dass mit der **Streichung aller US-Angriffskriege aus der kollektiven Erinnerung eine erhebliche geistig-moralische Befreiung für westliche Kriegsverbrecher***

und beteiligte Journalisten einhergeht – das sei therapeutisch und könne Gräben überbrücken. „Es geht hier also um Werte, nicht ums Geld“, so eine NATO-Erklärung.

Mehr zum Thema:

[Die Doppelmoral beim Völkerrecht: Bundesregierung möchte Irakkrieg immer noch nicht verurteilen](#)

[Bundesregierung: Wir bezeichnen nur den russischen Angriffskrieg als völkerrechtswidrig, Kriege anderer Länder bewerten wir nicht](#)

[Das Völkerrecht ist ein bedeutungsloses Konzept, wenn es nur für US-Gegner gilt](#)

[ARD stellt „Putin vor Gericht“ – Paradebeispiel der Verzerrung](#)

[Forschungsdienst des Kongresses: USA haben seit 1991 weltweit 251 militärische Interventionen durchgeführt – seit 1798 waren es 469](#)

[Der Westen treibt Russland in einen folgenreichen Staatsbankrott](#) ([nachdenkseiten.de](#))



20. April 2022 um 10:22 Ein Artikel von: [Jens Berger](#)

Am 4. April geschah das, womit wohl niemand gerechnet hätte, der sich mit Finanzthemen beschäftigt – Russland konnte eine ausstehende Dollar-Anleihe nicht bedienen. Lässt der russische Staat die nun nach internationalen Regeln geltenden 30 Tage Gnadenfrist verstreichen, gilt er technisch und rechtlich als bankrott. Doch dieser Staatsbankrott unterscheidet sich in so ziemlich allen Punkten von vorherigen

Staatspleiten. Russland könnte zwar mühelos zahlen, die Sanktionen verhindern dies jedoch. Gleiches gilt für die Anleihen russischer Unternehmen. Es droht eine unschöne Pleitewelle und ein juristischer Krieg, der vor den Gerichten in Großbritannien ausgetragen wird. Wahrscheinlich ist das vom Westen genau so gewollt und läuft auf eine **Enteignung der russischen Auslandsvermögen hinaus**. Von **Jens Berger**.

Verglichen mit anderen großen Volkswirtschaften sind die Auslandsschulden Russlands gering. Laut **dem Finanznachrichtendienst Bloomberg** hat der russische Staat zurzeit Anleihen im Wert von rund **40 Milliarden US-Dollar bei ausländischen Gläubigern offen**. Nimmt man die **Anleihen russischer Unternehmen**, die oft Staatsunternehmen sind, hinzu, kommt man auf rund **105 Milliarden US-Dollar**. Um dies einmal ins Verhältnis zu setzen: Durch die **Gas- und Ölexporte** nimmt der **russische Staat jeden Tag rund eine Milliarde US-Dollar** ein. Die Gesamtauslandsschulden des Staates inkl. der großen Staatsunternehmen entsprechen also den **Deviseneinnahmen von drei Monaten**. Selbst **ohne Zugriff auf die Devisenreserven, die rund das Sechsfache dieser Forderungen betragen**, könnte Russland also seine gesamten Auslandsschulden zahlen, ohne auch nur mit der Wimper zu zucken. Warum hat Russland dann derartige Zahlungsprobleme?

Das ist relativ einfach zu erklären. Um seine Auslandsgläubiger zu bedienen, muss Russland sie über die jeweils vertraglich festgelegte Konsortialbank in der vertraglich festgelegten Währung bezahlen. Bei Dollar-Anleihen ist dies die amerikanische JPMorgan Chase. Noch Mitte März gelang dies Russland, als man den Gläubigern ausstehende Couponzahlungen (also Zinsen) in Dollar überwiesen hatte. Das US-Finanzministerium hatte speziell für diesen Fall eine Ausnahmeregelung in den Sanktionen verankert. Diese Ausnahmeregelung wurde im Rahmen der Verschärfung der **Sanktionen vom 4. April** aufgehoben. Das Datum war kein Zufall, da Russland an diesem Tag zwei auslaufende Anleihen im Wert von 600 Millionen US-Dollar bezahlen musste. JPMorgan Chase wollte die Zahlung durchführen, das US-Finanzministerium blockierte die Überweisung jedoch. Russlands darauffolgendes Angebot, die fälligen Zahlungen in Rubel zu leisten, wurde von den amerikanischen Banken abgelehnt. Das ist aber nicht überraschend, entsprach es ohnehin nicht den vertraglichen Bedingungen der Anleihe, die ja explizit als Dollar-Anleihe verkauft wurde.

Nun greift die vertraglich festgelegte „Gnadenfrist“ – der Schuldner hat 30 Tage Zeit, den Gläubigern entgegenzukommen. Sollten die US-Sanktionen bis zum 4. Mai also nicht geändert werden, wäre die Staatsanleihe rechtlich und technisch gesehen

nicht bedient worden. Das ist **die Definition eines Staatsbankrotts**. Sicher wird Russland rechtliche Schritte dagegen einleiten und sich auf höhere Gewalt berufen – man sei schließlich zahlungswillig und auch zahlungsfähig. Nach Argumentation der US-Regierung hat Russland durch die Invasion in der Ukraine vorsätzlich die Sanktionen ausgelöst, die nun eine Rückzahlung der Schulden verhindern, und könne sich daher nicht auf höhere Gewalt berufen. Da die Anleihen fast ausschließlich nach britischem Recht ausgegeben wurden, wird diese Frage dann die britischen Gerichte beschäftigen und es ist schwer vorherzusagen, welche rechtliche Interpretation dort standhalten wird.

Die am 4. April auslaufende Anleihe war dabei nur der Anfang. Wie Bloomberg **berichtete**, hat mittlerweile auch der in Luxemburg ansässige europäische Clearingdienstleister Clearstream die Auszahlung russischer Anleihen blockiert. Clearstream gehört der Deutschen Börse AG und ist einer der größten Dienstleister zur Abwicklung von Wertpapiergeschäften. Das Unternehmen gibt auf seiner „Schwarzen Liste“ **zahlreiche Finanzprodukte**, die in US-Dollar, Euro und Franken notiert sind, an und beruft sich hierbei auf die Sanktionen der EU.

Betroffen sind dabei keinesfalls nur Staatsanleihen. Bei den im Volumen mehr als doppelt so hohen russischen Unternehmensanleihen scheint es jedoch noch keine allgemeingültige Regel zu geben. So wurden in den letzten Wochen von der Citigroup beispielsweise Zins-/Couponzahlungen von Gazprom und Norilsk Nickel **genehmigt**, während das gleiche Institut Anleihen-Rückzahlungen des russischen Stahlgiganten Severstal und Zinszahlungen des Düngemittelkonzerns EuroChem blockiert hat. Der staatliche russische Eisenbahnkonzern RZD konnte aufgrund der Sanktionen eine in Franken notierte Anleihe **nicht bedienen**. Der russische Google-Konkurrent Yandex läuft sogar Gefahr, einen technischen Konkurs anzumelden, da er ausstehende Auslandsanleihen, die vertraglich am Ende der Laufzeit in Aktien umgewandelt werden, nicht bedienen kann – der Handel mit russischen Aktien ist in der EU und den USA unterbunden.

Folgen für Russland und die Gläubiger

Normalerweise gilt ein Staatsbankrott als massiver Schlag für die betreffende Volkswirtschaft. Ein Staat, der seine Gläubiger nicht bezahlen kann oder will, hat in den folgenden Jahren und Jahrzehnten massive Probleme, sich an den internationalen Finanzmärkten Kapital zu beschaffen. Wenn es doch gelingt, muss er in der Regel einen sehr hohen „Zinsaufschlag“ bezahlen, der das Ausfallrisiko spiegelt. Doch im Falle Russland ist nichts normal. Russland ist ja durchaus zahlungswillig und das Geld ist auch vorhanden. Zudem ist man – zumindest so

lange die Energieexporte laufen – gar nicht auf internationale Geldgeber angewiesen. Das gilt jedoch nur für den Staat und nicht für die Unternehmen. Wenn diese im Ausland Investitionen vornehmen wollen, brauchen sie Kredite in der entsprechenden Währung. Es ist fraglich, ob die russische Zentralbank dies nach Beendigung der Sanktionen alleine schultern kann. Und sollte es noch zu einem Energieembargo des Westens kommen, stellt sich die Situation für den Staat und mehr noch für die Unternehmen durchaus prekär dar. Russische Unternehmen hätten auf dem internationalen Markt – und zwar nicht nur im Euro- und Dollarraum – **massive Wettbewerbsnachteile; ihnen ginge sprichwörtlich das Geld aus.**

Man kann davon ausgehen, dass genau dies ein Motiv hinter den Sanktionen ist. Es geht weniger darum, Russland zu „bestrafen“, sondern darum, **Russland zu verarmen und zu destabilisieren – die damit verbundene Schwächung russischer Unternehmen auf dem internationalen Parkett dürfte ein willkommener Nebeneffekt sein.**

Dafür werden – zumindest mittelfristig – jedoch auch im Westen Verluste anfallen. Wer besitzt die Anleihen, die nun nicht bedient werden können? Das sind hauptsächlich Fonds, die auf sogenannte Emerging-Market-Bonds spezialisiert sind und die Anteile dieser Fonds werden wiederum hauptsächlich von Pensionsfonds gehalten. Wundern sie sich also nicht, wenn ihre private Zusatzrente ein wenig niedriger ausfällt.

Wie bei jeder Pleite kreisen jedoch auch hier bereits die Geier. Wie Markt-Insider berichten, haben einige Hedge Fonds bereits das große Geschäft mit den russischen „Pleite-Anleihen“ gewittert und kaufen sie den Pensionsfonds im großen Stil ab. Das ist ein gutes Geschäft, wenn die Sanktionen schon bald gelockert werden sollten und russische Unternehmen sowie der russische Staat diese Papiere bedienen werden. Daran glaubt jedoch kaum jemand. Wenn bei einem Bankrott – und sei er nur technisch – keine Begleichung der Schulden möglich ist, kann der Gläubiger seine Forderungen jedoch auch auf dem Rechtsweg anderweitig eintreiben. Verbreitet ist dabei z.B. die Verpfändung von Vermögengstiteln. Während der Staat davor weitestgehend geschützt ist – Botschaftsgebäude und ähnliches unterliegen völkerrechtlichem Schutz und können nicht gepfändet werden – sieht dies bei den Unternehmen ganz anders aus. **Deren Auslandsvermögen, also Immobilien, Tochterfirmen oder Beteiligungen, sind pfändbar.** Auch das dürfte durchaus im Sinn der westlichen Politik sein.

Und die ausstehenden Staatsschulden? Es ist unwahrscheinlich, dass hier die Sanktionen als Riegel rechtlichen Bestand haben. Die US-Regierung hat hier bereits

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

die Weichen gestellt. Nach Ablauf einer Übergangsfrist ist es US-Bürgern und US-Unternehmen – und dazu zählen dann nach amerikanischem Rechtsverständnis auch ausländische Unternehmen, die in den USA wirtschaftlich aktiv sind – verboten, Zahlungen vom russischen Staat und den sanktionierten russischen Unternehmen entgegenzunehmen. Alle Anleihen werden spätestens dann technisch ausfallen und mittel- bis langfristig werden die offenen Forderungen wohl nach Gerichtsentscheiden **aus den eingefrorenen russischen Devisenreserven beglichen.**

Russland wird enteignet. Den Anleihegläubigern könnte dann jedoch ein ganz anderes Problem ins Haus stehen. Nach **Aussage des Finanzunternehmens Oxford Economics** wird auch **die Ukraine vor Gericht Anspruch auf die eingefrorenen russischen Devisenreserven erheben** und **die Mittel zum Wiederaufbau des Landes einklagen.** Die Geier kreisen und nach dem militärischen und ökonomischen Krieg droht nun **ein Krieg um die eingefrorenen Devisenvermögen Russlands.** Ob und wie viel Dollar und Euro Russland zurückbekommen wird, ist offener denn je.

[ARD stellt „Putin vor Gericht“ – Paradebeispiel der Verzerrung \(nachdenkseiten.de\)](#)

16. Januar 2023 um 14:34 Ein Artikel von: [Tobias Riegel](#)

In dem fiktiven Radio-Szenario „Putin vor Gericht“ verletzt ein Tagesschau-Podcast zahlreiche Standards. Das wird noch unterboten von den aktuellen Rache- und Gewaltfantasien bei der Aktion „Punish Putin“ vom Zentrum für Politische Schönheit. Behauptungen, der russische Präsident sei der weltweit größte geopolitische Verbrecher, sind nicht haltbar, aber weit verbreitet. Es gibt bei dieser Frage eine **„False Balance“** – aber in eine ganz andere Richtung als dargestellt. Ein Kommentar von **Tobias Riegel.**

Ein **Paradebeispiel für die Verkürzung** und die unredliche, **fast kindliche Vereinfachung der Analyse des Ukrainekriegs** hat am Wochenende der fiktive Tagesschau-Podcast **„Putin vor Gericht? Was dann?“** aus der Reihe **„Mal angenommen“** geliefert, der etwa im RBB-Inforadio ausgestrahlt wurde. Dort wird das Szenario eines von einem internationalen Gericht abgeurteilten Wladimir Putin durchgespielt. Diese in **pseudojugendlichem Tonfall dahingeplauderte Meinungsmache verletzt so viele Standards und ist in der gesamten Machart so unseriös, emotional und unangemessen,** dass hier keine einzelnen Zitate herausgestellt werden sollen. Der Beitrag ist insofern **ein manipulierendes „Gesamtkunstwerk“,** das **nichts mit einer nüchternen und distanzierten Beweisaufnahme zu tun hat.**

Selektive moralische Anklagen sind wertlos

Anhand des Podcasts soll aber ein grundsätzliches Problem thematisiert werden. Der Beitrag wäre in seiner Wirkung nicht so verzerrend, wenn insgesamt die Relationen zumindest in Ansätzen gewahrt würden: Kriegsverbrechen durch russische Soldaten in der Ukraine und auch eine mögliche direkte Verantwortung des russischen Präsidenten sind nicht auszuschließen. Außerdem ist es ein alter Traum, dass auch mächtige Staatenlenker einst Verantwortung für ihre Politik übernehmen müssen – und sei es als Angeklagter. Auch in Putins Amtszeiten würden Ermittler mutmaßlich Verantwortlichkeiten für politische oder militärische Vergehen feststellen können, wenn sie entsprechenden Zugriff hätten. Aber: Politisch-moralische Anklagen, die nur für eine Seite gelten, sind wertlos. Wenn diese Anklagen rein selektiv in eine Richtung erfolgen und die realen Relationen zwischen den Verbrechen einzelner Staaten verschwiegen oder gar auf den Kopf gestellt werden, dann kann aus dem Traum von Gerechtigkeit eine verzerrende Propaganda-Taktik erwachsen.

Das ist momentan der Fall: In zahlreichen Medien und von vielen Politikern wird der russische Präsident als der weltweit wohl größte geopolitische Verbrecher dargestellt. Im ARD-Podcast klingt es fast so, als wäre Putins Verurteilung nur noch eine Frage der Form und der praktischen Umsetzung (es wird sogar die theoretische Option einer Entführung des Präsidenten aus Russland durchgespielt). Dass diese alleinstellenden Behauptungen unzutreffend sind, zeigen alle seriösen Berichte, etwa über Verbrechen der US-Armee und über den kriegstreiberischen Charakter des US-Präsidenten Joe Biden und seiner Mannschaft: **Keine Armee der Welt hat seit dem Zweiten Weltkrieg so viele Menschen getötet und Staaten verwüstet wie die US-Armee in offenen oder verdeckten Operationen. Innerhalb der US-Kriegsdebatten war Joe Biden ein besonders eifriger Fürsprecher für Angriffskriege durch die USA,** unter anderem bei den US-Interventionen gegen **Irak, Jugoslawien, Libyen oder Syrien** (Hintergründe etwa [hier](#) oder [hier](#)).

Die Frage der „False Balance“

Wer diesen Bezug auf die Verbrechen eines anderen Staates nun als „False Balance“ ablehnt, mit der unredlich von Russlands ebenfalls realen Verbrechen abgelenkt werden soll, verzerrt den Begriff. Ja: **Es herrscht in vielen Medien eine**

massive „False Balance“ – aber zugunsten der US-Armee. Selbst **eine moralische Gleichstellung von Putin und Biden wäre noch eine Verniedlichung der aggressiven Haltungen Joe Bidens – doch oft geschieht das Gegenteil: US-Kriegstreibern wird mit der Unterstützung durch viele Medien eine bizarre Rolle als moralische Ankläger zugebilligt, die nicht akzeptabel ist.**

Die Behauptung, die russische Außenpolitik sei aggressiver als die US-amerikanische ist schlicht Unsinn. Dass man mit der Betonung der realen Relationen zwischen Russland und den USA nicht prinzipiell die Existenz von russischen Kriegsverbrechen leugnet, ist selbstverständlich. Aber: Ein Szenario, bei dem Putin wegen geopolitischer Verbrechen vor Gericht steht, Biden aber nicht, hätte eine schwere moralische Schlagseite, das gilt entsprechend auch für das ARD-Szenario.

Außerdem: Eine Antwort auf die Frage nach der persönlichen Schuld innerhalb des Ukrainekriegs **klärt nicht die Frage nach der Verantwortung für den Ausbruch des Ukrainekrieges** – die Wurzeln hierfür sind vor allem im rechtsnationalen Umsturz von 2014 und in den jahrelangen Angriffen Kiews auf die Bürger des Donbas zu suchen.

Zum Vorwurf der „Relativierung“: Das eine Verbrechen rechtfertigt nicht das andere, man kann auch einen Dieb nicht mit dem Verweis auf andere Diebe entlasten. **Trotzdem werden Erkenntnisse erschwert, wenn Dinge nicht zueinander in Relation gesetzt werden.** Damit werden Vorgänge auch nicht gerechtfertigt, sondern (im besten Fall) erklärt. Wer eine solche „Relativierung“, etwa zwischen den russischen und den US-amerikanischen Kriegen, als russische Propaganda geißelt und verhindern möchte, **ist nicht an einer realen Einordnung der Tragweite** der jeweiligen Verbrechen interessiert.

Putin „an Ameisen verfüttern“

Das Niveau des Tagesschau-Podcasts wird noch unterboten von einer aktuellen Aktion des „Zentrums für politische Schönheit“ (ZPS): Auf der Webseite „Punish Putin“ („Bestraft Putin“) werden den Nutzern verschiedene Strafen gegen den russischen Präsidenten zur Wahl gestellt, darunter Gewaltfantasien wie „Hängen“, „Elektrischer Stuhl“ oder „An Ameisen verfüttern“. Bei Kritik werden die Macher der

Aktion möglicherweise die „Satire“-Karte ziehen und behaupten, die Aktion wolle ja eigentlich die Anti-Putin-Hysterie und die **alttestamentarischen Rachegeleüste der Abstimmenden persiflieren**. Die Wirkung der Aktion und ihre anscheinende Rezeption durch die Massen ist jedoch eine **zusätzliche Verrohung** sowie eine **simple persönliche Putin-Dämonisierung**, mit **der eine aggressive US-Politik gerechtfertigt werden soll**, die sich auch gegen die Interessen von EU-Europa richtet.

Nicht zuletzt werden mit den Gewaltfantasien auch zivilisatorische Errungenschaften mit Füßen getreten, die man doch angeblich vor dem russischen „Autokraten“ retten will. **„Telepolis“** schreibt zu der ZPS-Aktion:

*„Das Zentrum für Politische Schönheit und seine Mitglieder zeigen sich hier einmal mehr als konformistische Rebellen, die **eine Art radikalisierte Fortsetzung der deutschen Außenpolitik** mit den Mitteln der Kunst vorantreiben wollen. Kaum jemand dürfte sich auch **an der deutschen Geschichtsvergessenheit stören**, wenn der Präsident eines einst führenden Staates der Anti-Hitler-Koalition nun mit eindeutigen Bezügen auf das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal auf die Anklagebank soll.*

*Man muss den russischen Machthaber nicht verstehen und sollte schon gar nicht seine Taten verteidigen, um trotzdem die neueste ZPS-Kampagne **als Eskalation deutscher Geschichtsvergessenheit** abzulehnen. Doch das Problem sind nicht einige Künstler, die hin und wieder mal die große Öffentlichkeit suchen. Das Problem sind die Menschen, die diese Aktionen feiern und bejubeln – es ist die Rechtsentwicklung eines grünen Milieus.“*

Mehr zum Thema:

[Propaganda für Panzer geht weiter: Deutschland soll noch tiefer in den Krieg gezogen werden](#)

[Joe Biden: Ein Präsident des Friedens](#)

[Forschungsdienst des Kongresses: USA haben seit 1991 weltweit 251 militärische Interventionen durchgeführt – seit 1798 waren es 469](#)

[Die Doppelmoral beim Völkerrecht: Bundesregierung möchte Irakkrieg immer noch nicht verurteilen](#)

[Die Hasssprache im Mainstream: Menschen sind „Ratten“, „Dünger“, „Schweine“](#)

22. August 2022 um 11:00 Ein Artikel von: [Tobias Riegel](#)

Wer die Sanktionspolitik gegen Russland kritisiert, dem wird oft entgegnet, er würde mit dieser Haltung die Ukraine „im Stich“ und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin „freie Hand“ lassen. **Beides stimmt nicht.** Trotzdem wird mit diesen Behauptungen die für die deutschen Bürger **zerstörerische Sanktionspolitik verteidigt.** Das muss sich ändern. Ein Kommentar von **Tobias Riegel.**

Die Bürger hierzulande werden mit der aktuellen Energie- und Sanktionspolitik **ausgeplündert** und möglicherweise nimmt die **industrielle Basis Deutschlands durch diese Politik ernsthaften Schaden.** Diese gezielten Zerstörungen durch die Bundesregierung müssen gerechtfertigt werden. Sachlich ist das nicht möglich: Die **offizielle Begründung, mit den Sanktionen werde der russische Krieg gegen die Ukraine beendet, verkürzt oder wenigstens in irgendeiner Form „positiv“ beeinflusst, hält einer näheren Betrachtung nicht stand.**

Im Gegenteil: Die mit der Sanktionspolitik indirekt verbundenen deutschen **Waffenlieferungen verlängern in unmoralischer Weise den Krieg, mit den entsprechenden schrecklichen Folgen für die ukrainischen Zivilisten.**

Ebenso ist die offizielle Darstellung, nach der der russische Angriff eine historische Einzigartigkeit darstellt, **bei näherer Betrachtung nicht haltbar.**

Dass die westlichen Sanktionen Russland (kurzfristig) weder „ruinieren“ noch vom **Kriegskurs abbringen werden, ist inzwischen offensichtlich.** Ob man langfristig die russische Wirtschaft mit diesen Mitteln wird „in die Knie“ zwingen können, ist offen. **Und es wäre auch alles andere als wünschenswert, wenn man noch einen Funken Verantwortung für eine friedliche Entwicklung in Europa verspürt.**

Wegen der hier beschriebenen Punkte bleibt den Verantwortlichen für die Sanktionspolitik und ihren Verteidigern in den Redaktionen nur die moralische Ebene zur „Argumentation“ – diese Ebene sollten die Bürger ihnen wegnehmen, indem sie diese **inakzeptablen Begründungen zurückweisen.**

Keine „nützlichen Idioten“

Wer das sofortige Ende der für die deutschen Bürger zerstörerischen und bezüglich des Kriegs wirkungslosen Politik fordert, der macht sich nicht zum „nützlichen Idioten“ der Russen: Der macht sich zum rationalen Anwalt der eigenen Mitbürger.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Dieses Eintreten für die Interessen der Bevölkerung kann nicht moralisch entwertet werden, da die Sanktionspolitik die selber verkündeten Ziele nicht angemessen beeinflusst. **Wer gegen die Sanktionen ist, ist also nicht „für den Krieg“.** Und wer gegen die Sanktionspolitik argumentiert, der lässt nicht „die Ukrainer im Stich“: **Das Eine hat mit dem Anderen nichts zu tun.** Diese Einsicht muss sich durchsetzen, die unhaltbare Basis der „Argumente“ für die Sanktionspolitik muss entzaubert werden.

Wenn die offizielle Begründung nicht haltbar ist: Welchen Sinn erfüllt die Sanktionspolitik dann aber, warum wird sie so radikal und zielgerichtet von Grünen, FDP und SPD umgesetzt? Es ist meiner Meinung nach wichtig, hier Dummheit oder Unvermögen auszuschließen. **Die aktuelle Politik gegen die Bürger erscheint nicht wie ein Versehen oder das Ergebnis von zielloser Ungeschicklichkeit oder diplomatischer Unfähigkeit.** Mit der aktuellen Politik der Bundesregierung werden mutmaßlich **konkrete Interessen bedient – und die liegen vermutlich zuerst bei deutschen und internationalen Energie- und Rüstungskonzernen und vielleicht auch bei ausländischen Regierungen.**

Leserbriefe zu diesem Beitrag [finden Sie hier.](#)

[Kriegsverlängerung – Und die „Moral“ der grünen Sofa-Soldaten \(nachdenkseiten.de\)](#)

06. Juli 2022 um 9:55 Ein Artikel von: [Tobias Riegel](#)

Manche Reaktionen auf einen Appell für Friedensverhandlungen im Ukrainekrieg sind bodenlos. Den Vogel schießt (neben Botschafter Melnyk) in diesem Zusammenhang der Chef der Grünen ab: Omid Nouripour **stellt wichtige politisch-moralische Kategorien zu Waffenlieferungen und Kriegsverlängerung einfach auf den Kopf.** Es ist ein beunruhigendes Zeichen der Zeit, **dass solche Verdrehungen keinen angemessenen Gegenwind entfachen.** Ein Kommentar von **Tobias Riegel.**

Der Parteivorsitzende der Grünen, Omid Nouripour, hat aktuell [Vermutungen geäußert](#) zu einem kürzlich veröffentlichten [Aufruf für Friedensverhandlungen im Ukrainekrieg](#): Dieser Appell stamme von Menschen, die „bequem auf der Couch sitzend“ wohl angesichts der verstörenden Bilder aus der Ukraine die Geduld verloren und daher beschlossen hätten, „dass es jetzt mal genug ist und dass es jetzt mal aufhören muss“ mit dem Krieg.

Wenn „Moral“ einfach auf den Kopf gestellt wird

Diese Aussage zeigt zweierlei: Zum einen die Entschlossenheit, mit der grünes Spitzenpersonal **versucht, Friedensverhandlungen und eine Verkürzung des Krieges zu torpedieren**. Zum anderen, dass in der gegenwärtigen Debattenkultur **moralische Kategorien, die eigentlich fest verankert schienen, einfach über Bord geworfen und auf den Kopf gestellt werden können, ohne dass es angemessenen gesellschaftlichen Gegenwind entfacht**: Grüne Politiker können heute von vielen einflussreichen gesellschaftlichen Gruppen Applaus erwarten, wenn sie **kriegsverlängernde Maßnahmen wie Waffenlieferungen in Kriegsgebiete fordern oder selbstzerstörerische und die proklamierten Ziele nicht erreichende Sanktionen umsetzen**. Der Wunsch nach Verhandlungen, die potenziell tausenden Menschen das Leben retten könnten, kann dagegen als egoistische Bürger-Marotte abgetan werden.

Der Zustand der Grünen (und die geringe Gegenwehr gegen ihre innen- und außenpolitisch gefährliche Politik) beschreibt darum nicht nur die konkrete Partei, sondern darüber hinaus einen allgemeinen Zustand, in dem **gesellschaftliche Frühwarnsysteme und geopolitische Analysefähigkeiten offenbar verkümmert sind**. Die verquere „Moral“, die aus den Äußerungen des Grünenchefs Nouripour spricht, hat ein Leser der NachDenkSeiten folgendermaßen beschrieben:

*„Wie bequem sind denn wohl die Stühle und Regierungssessel derjenigen, **die ein Weiterführen des Krieges fordern?** Wie wäre es, wenn die Leute, **die keine Verhandlungen, sondern weiterhin Krieg wollen, sich einfach freiwillig melden würden?** Ich habe gehört, die Ukraine nimmt jeden Kämpfer und jede Kämpferin, derer sie habhaft werden kann.“*

„Es gibt keine Partei, die konflikt- und kriegsgeiler ist als die Grünen“

Nouripour äußert sich zwar nicht so infam wie der ukrainische Botschafter Melnyk, der zu dem Offenen Brief [laut Medien](#) twitterte:

„Nicht schon wieder, what a bunch of pseudo-intellectual losers Ihr alle Varwicks, Vads, Kluges, Prechts, Yogeshwars, Zehs & Co. sollt euch endlich mit euren defätistischen ‚Ratschlägen‘ zum Teufel scheren. Tschüß.“

Aber wenn man Nouripours Äußerungen wörtlich „übersetzt“, dann könnte man sie indirekt so deuten: Die bequem auf der Couch sitzenden Grünen haben selbst angesichts der verstörenden Bilder aus der Ukraine die Geduld wohl noch nicht verloren und daher beschlossen, dass es noch nicht genug ist und dass es jetzt erst **mal weitergehen muss mit dem Krieg**. Der Grünenchef „untermauert“ seine Haltung mit pauschalen Angstszenarien: Da niemand sagen könne, ob nicht womöglich der nächste Krieg drohe, falls die Ukrainer die Waffen strecken sollten, sei es auch

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

friedenspolitisch unlauter, einfach zu sagen: „Wir ducken uns weg.“ Man kann meiner Meinung nach Jens Bergers [kürzlichem Fazit](#) zustimmen: „Es gibt keine Partei, die konflikt- und kriegsgeiler ist als die Grünen. Wer sie jetzt noch wählt, ist kein Mitläufer, sondern ein Mittäter.“

„Tausende weitere Kriegsoffer“

Der [Offene Brief in der „Zeit“](#) geht meiner Meinung nach nicht weit genug, aber es finden sich wichtige Stellen wie diese:

„Die westlichen Länder, die die Ukraine militärisch unterstützen, müssen sich deshalb fragen, welches Ziel sie genau verfolgen und ob (und wie lange) Waffenlieferungen weiterhin der richtige Weg sind. Die Fortführung des Krieges mit dem Ziel eines vollständigen Sieges der Ukraine über Russland bedeutet Tausende weitere Kriegsoffer, die für ein Ziel sterben, das nicht realistisch zu sein scheint.“

Doch wir leben in einer Zeit, **in der sich nicht die Kriegsverlängerer für diese „Tausenden weiteren Kriegsoffer“ verantworten müssen**, sondern in einer Zeit, in der **die Forderungen nach Friedensverhandlungen diffamiert werden**.

Die polarisierte Debattenkultur sowie die mit den Sanktionen und den **Waffenlieferungen verbundene Heuchelei** und die dadurch drohenden Gefahren haben die NachDenkSeiten in zahlreichen Artikeln beschrieben, eine Auswahl finden Sie unter dem Artikel.

Titelbild: cunaplus / Shutterstock

Mehr zum Thema:

[Wer jetzt noch die Grünen wählt, ist kein Mitläufer, sondern ein Mittäter](#)

[Baerbock und die Kitsch-Propaganda](#)

[Die Geschichte verkürzt erzählen – das ist die wichtigste Manipulationsmethode bei der üblichen Bewertung des Ukrainekriegs](#)

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

[Ein Botschafter, der einen Faschisten als Vorbild hat – Andrij Melnyk, Stepan Bandera und deutsche Kriegstreiber](#)

[Markus Lanz und der Krieg gegen Ulrike Guérot](#)

[Wann endlich erwacht Europa?](#)

[„Rot-Grün“ at its best: Wirtschaft wird geschreddert, Armutsquote steigt, Schuld ist der Russe](#)

[Der grüne Sarrazin](#)

[Kritische Bürger sind jetzt „Feinde der Demokratie“](#)

[Deutsche Panzer, die auf Russen schießen – Diese Regierung führt uns an den Abgrund](#)

[Ukrainekrieg: Deutsche Medienlandschaft endgültig im Rausch](#)

[Forschungsdienst des Kongresses: USA haben seit 1991 weltweit 251 militärische Interventionen durchgeführt – seit 1798 waren es 469](#) (nachdenkseiten.de)



13. Oktober 2022 um 9:00 Ein Artikel von: [Florian Warweg](#)

Laut offiziellen Daten des „Congressional Research Service“ (CRS – vergleichbar mit dem Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages), veröffentlicht unter dem Titel [„Instances of Use of United States Armed Forces Abroad, 1798-2022“](#), haben die Vereinigten Staaten allein in den Jahren zwischen **1991 und 2022**

mindestens 251 militärische Interventionen durchgeführt.

Das entspricht durchschnittlich acht Militärinterventionen pro Jahr. **Bei den Zahlen sind CIA-Operationen und Putschversuche nicht erfasst.** Der wissenschaftliche Bericht

dokumentiert zudem weitere **218 US-Militärinterventionen zwischen 1798 und**

1990.

Insgesamt

sind

damit

469

US-

Militärinterventionen

seit 1798 vom US-Kongress anerkannt worden. Von **Florian Warweg**.

Die Liste der Länder, die laut der CRS-Zusammenstellung Ziel von US-Militärinterventionen wurden, umfasst fast alle Nationen der Erde. So gibt es beispielsweise kein einziges Land Lateinamerikas und der Karibik ohne US-Militärintervention, Ähnliches gilt für den größten Teil des afrikanischen Kontinents. Allein von Anfang 1991 bis Anfang 2004 hat das US-Militär nach Angaben vom CRS 100 Interventionen durchgeführt. Diese Zahl stieg zwischen 1991 und 2018 auf 200 Militärinterventionen an.



Instances of Use of United States Armed Forces Abroad, 1798-2022

Massiver Anstieg an US-Militärinterventionen nach Ende des Kalten Krieges

Der Bericht zeigt auf, dass die Zahl der militärischen Interventionen Washingtons im Ausland **seit dem Ende des Kalten Krieges im Jahr 1991, dem Zeitpunkt des Beginns der unipolaren Hegemonie der USA, erheblich gestiegen ist**. Von den insgesamt 469 dokumentierten militärischen Interventionen im Ausland stellte der Forschungsdienst des US-Kongresses fest, dass die US-Regierung **insgesamt nur 11-mal formell den Krieg erklärt hat**, und dies begrenzt auf fünf verschiedene Kriege. **Der Rest der Interventionen erfolgte ohne entsprechende offizielle Kriegserklärung.**

Es erscheint wichtig zu betonen, dass es sich bei diesen vom US-Kongress zur Verfügung gestellten Zahlen um sehr konservative Zahlen handelt, da **sie keine verdeckten militärischen Sondereinsätze, CIA-Operationen oder Einsatz des US-Militärs im Inland** beinhalten. So wird zum Beispiel die nachgewiesene CIA-Operation zur logistischen und direkten militärischen Unterstützung des Putsches von General Haji Mohamed Suharto ab Oktober 1965 in Indonesien, in dessen Folge mindestens eine halbe Millionen Kommunisten und Gewerkschaftler systematisch ermordet worden sind, **nicht aufgelistet**. Auch die massive Intervention der USA gegen Angola und die dort stationierten kubanischen Truppen findet **keine Erwähnung. Ebenfalls nicht erfasst** ist der komplett von den USA gesteuerte und finanzierte Contra-Krieg in Nicaragua von 1981 bis 1990, dem bis zu 60.000 Menschen zum Opfer fielen.

Der CRS-Bericht erklärt diesbezüglich:

„Die Liste enthält weder verdeckte Aktionen noch die zahlreichen Fälle, in denen US-Streitkräfte seit dem Zweiten Weltkrieg im Ausland als Besatzungstruppen oder zur Teilnahme an Organisationen für gegenseitige Sicherheit, **an Basisabkommen oder an routinemäßigen militärischen Hilfs- oder Ausbildungsmaßnahmen stationiert waren.“**

Der Bericht klammert auch den Einsatz der US-Streitkräfte gegen indigene Völker **aus**, als diese im Zuge der gewaltsamen Kolonialexpansion nach Westen **systematisch ethnisch gesäubert wurden**. Beispielhaft sei auf das Massaker in Wounded Knee am 28. Dezember 1890 verwiesen, bei welchem das 7. US-Kavallerie-Regiment über 300 wehrlose Angehörige verschiedener Dakota-Stämme ermordete.

CRS räumt in diesem Zusammenhang ein, dass es den “kontinuierlichen Einsatz von US-Militäreinheiten bei der Erkundung, Besiedlung und **Befriedung (sic!) des westlichen Teils der Vereinigten Staaten” ausgelassen hat.**

Anbei einige Screenshots von der Auflistung des CRS, die unter anderem exemplarisch belegen, dass die USA auch schon Mitte des 19. Jahrhunderts **weit interventionistischer agierten**, als es den meisten Menschen wohl bewusst ist:

1842	<i>Mexico.</i> Commodore T.A.C. Jones, in command of a squadron long cruising off California, occupied Monterey, CA, on October 19, believing war had come. That not being the case, he withdrew.
1843	<i>China.</i> Sailors and marines from the USS <i>St. Louis</i> were landed after a clash between Americans and Chinese at the trading post in Canton (now Guangzhou). <i>Africa.</i> November 29 to December 16. Four United States vessels demonstrated and landed various parties (one of 200 marines and sailors) to discourage piracy and the slave trade along the Ivory Coast and to punish attacks by the natives on American merchant seamen and shipping.
1844	<i>Mexico.</i> U.S. President John Tyler deployed U.S. forces to protect Texas against Mexico, pending Senate approval of a treaty of annexation (later rejected). He defended his action against a Senate resolution of inquiry.
1846-1848	Mexican War. On May 13, 1846, the United States recognized the existence of a state of war with Mexico. After the annexation of Texas in 1845, the United States and Mexico failed to resolve a boundary dispute, and U.S. President James K. Polk said that it was necessary to deploy forces in Mexico to meet a threatened invasion.
1849	<i>Smyrna (İzmir, Turkey).</i> In July, a naval force gained release of an American seized by Austrian officials.
1851	<i>Turkey.</i> After a massacre of foreigners (including Americans) at Jaffa in January, a demonstration by the Mediterranean Squadron was ordered along the Turkish (Levant) coast. <i>Johanns Island (east of Africa).</i> August. Forces from the U.S. sloop of war USS <i>Dale</i> exacted redress for the unlawful imprisonment of the captain of an American whaling brig.
1852-1853	<i>Argentina.</i> February 3 to 12, 1852; September 17, 1852, to April 1853. Marines were landed and maintained in Buenos Aires to protect American interests during a revolution.
1853	<i>Nicaragua.</i> March 11 to 13. U.S. forces landed to protect American lives and interests during political disturbances.
1853-1854	<i>Japan.</i> Commodore Matthew C. Perry and his naval expedition made a display of force leading to the
1962	<i>Thailand.</i> The 3 rd Marine Expeditionary Unit landed on May 17, 1962, to support that country during the threat of Communist pressure from outside; by July 30 the 5,000 marines had been withdrawn. <i>Cuba.</i> On October 22, President Kennedy instituted "quarantine" on the shipment of offensive missiles to Cuba from the Soviet Union. He also warned the Soviet Union that the launching of any missile from Cuba against any nation in the Western Hemisphere would bring about U.S. nuclear retaliation on the Soviet Union. A negotiated settlement was achieved in a few days.
1962-1975	<i>Laos.</i> From October 1962 until 1975, the United States played an important role in military support of anti-Communist forces in Laos.
1964	<i>Congo.</i> The United States sent four transport planes to provide airlift for Congolese troops during a rebellion and to transport Belgian paratroopers to rescue foreigners.
1964-1973	<i>Vietnam War.</i> U.S. military advisers had been in South Vietnam for a decade, and their numbers had been increased as the military position of the Saigon government became weaker. After citing what he termed were attacks on U.S. destroyers in the Tonkin Gulf, President Johnson asked in August 1964 for a resolution expressing U.S. determination to support freedom and protect peace in Southeast Asia. Congress responded with the Tonkin Gulf Resolution, expressing support for "all necessary measures" the President might take to repel armed attack against U.S. forces and prevent further aggression. Following this resolution, and following a Communist attack on a U.S. installation in central Vietnam, the United States escalated its participation in the war to a peak of 543,000 military personnel by April 1969.
1965	<i>Dominican Republic.</i> The United States intervened to protect lives and property during a Dominican revolt and sent more troops as fears grew that the revolutionary forces were coming increasingly under Communist control.
1967	<i>Congo.</i> The United States sent three military transport aircraft with crews to provide the Congo central government with logistical support during a revolt.
1970	<i>Cambodia.</i> U.S. troops were ordered into Cambodia to clean out Communist sanctuaries from which Viet Cong and North Vietnamese attacked U.S. and South Vietnamese forces in Vietnam. The object

1998

Guinea-Bissau. On June 12, 1998, President Clinton reported to Congress that, on June 10, 1998, in response to an army mutiny in Guinea-Bissau endangering the U.S. embassy, U.S. government employees, and U.S. citizens in that country, he had deployed a standby evacuation force of U.S. military personnel to Dakar, Senegal, to remove such individuals, as well as selected third country nationals, from the city of Bissau. The deployment continued until the necessary evacuations were completed.

Bosnia. On June 19, 1998, President Clinton reported to Congress regarding activities in the last six months of combat-equipped U.S. forces in support of NATO's SFOR in Bosnia and surrounding areas of former Yugoslavia.

Kenya and Tanzania. On August 10, 1998, President Clinton reported to Congress that he had deployed, on August 7, 1998, Joint Task Force of U.S. military personnel to Nairobi, Kenya, to coordinate the medical and disaster assistance related to the bombings of the U.S. Embassies in Kenya and Tanzania. He also reported that teams of 50-100 security personnel had arrived in Nairobi, Kenya, and Dar es Salaam, Tanzania, to enhance the security of the U.S. Embassies and citizens there.

Albania. On August 18, 1998, President Clinton reported to Congress that he had, on August 16, 1998, deployed 200 U.S. Marines and 10 Navy SEALs to the U.S. embassy compound in Tirana, Albania, to enhance security against reported threats against U.S. personnel.

Afghanistan and Sudan. On August 21, 1998, by letter, President Clinton reported to Congress that he had authorized airstrikes on August 20 against camps and installations in Afghanistan and Sudan used by the Osama bin Laden terrorist organization. The President did so based on what he viewed as convincing information that the bin Laden organization was responsible for the bombings, on August 7, 1998, of the U.S. Embassies in Kenya and Tanzania.

Liberia. On September 29, 1998, President Clinton reported to Congress that on September 27, 1998, he had, due to political instability and civil disorder in Liberia, deployed a stand-by response and evacuation force of 30 U.S. military personnel to augment the security force at the U.S. embassy in Monrovia, and to provide for a rapid evacuation capability, as needed, to remove U.S. citizens and government personnel from the country.

Iraq. During the period from December 16-23, 1998, the United States, together with the United Kingdom, conducted a bombing campaign, termed Operation Desert Fox, against Iraqi industrial

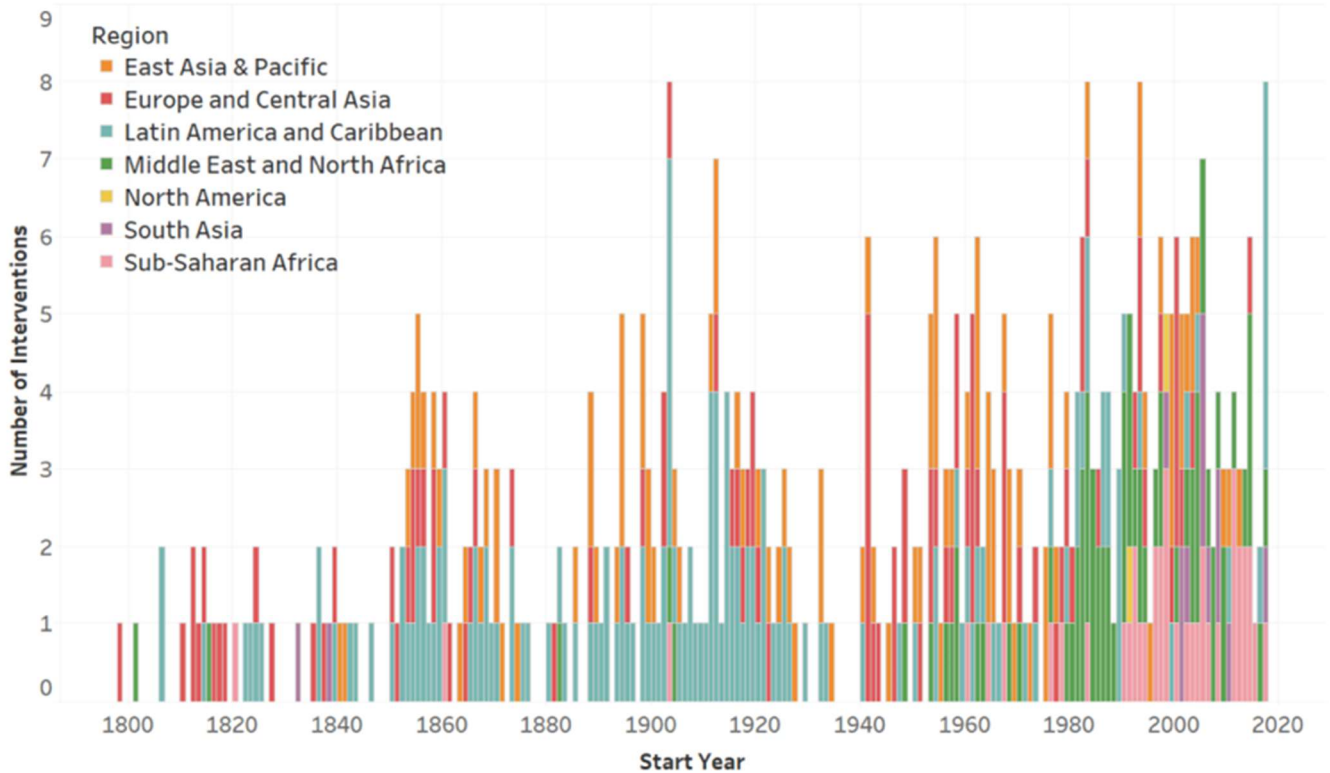
Hintergrund zum CRS

Der CRS ist eine per Gesetz geschaffene Agentur und arbeitet ausschließlich und direkt für Mitglieder des US-Kongresses und dessen Fach-Ausschüsse. Er ist dabei verpflichtet, dies auf „vertraulicher und unparteiischer Basis“ zu tun. Bis 2018 waren die Berichte, im Gegensatz zum Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages, nicht für die Öffentlichkeit zugänglich, dies änderte sich erst mit dem sogenannten „[Consolidated Appropriations Act](#)“.

Doch wie bereits erwähnt, handelt es sich bei der vom CRS vorgenommenen Auflistung um eher konservative Zahlen. So kommt beispielsweise das renommierte [Military Intervention Project \(MIP\)](#) am Center for Strategic Studies der Tufts University auf noch höhere Werte: So heißt es in der Studie:

„Die USA haben seit 1776 über 500 internationale Militärinterventionen durchgeführt, davon fast 60 % zwischen 1950 und 2017. Mehr noch, mehr als ein Drittel dieser Einsätze fand nach 1999 statt.“

U.S. Interventions by Year and Region, 1776 - 2017



Credit: Military Intervention Project at Tufts University

Im Gegensatz zum CRS liefert das MIP auch eine, wenn auch sehr breite Arbeitsdefinition von „Militärintervention“. Das Fehlen einer solchen ist ein signifikantes Defizit in der Auflistung des Forschungsdienstes des US-Kongresses. Das MIP definiert US-Interventionen wie folgt:

„Zusammengefasste Fälle von internationalen Konflikten oder potenziellen Konflikten außerhalb normaler Friedenszeiten, in denen sich die absichtliche Androhung, Zurschaustellung oder Anwendung militärischer Gewalt durch die offizielle US-Regierung gegen die Regierung, offizielle Vertreter, Streitkräfte, Eigentum oder das Hoheitsgebiet eines anderen staatlichen Akteurs richtet.“

Das Military Intervention Project fügte abschließend hinzu:

„Mit dem Ende der Ära des Kalten Krieges würden wir erwarten, dass die USA ihre militärischen Interventionen im Ausland reduzieren, da sie von geringeren Bedrohungen und Interessen ausgehen. Diese Muster zeigen jedoch das Gegenteil – die USA haben ihre militärischen Einsätze im Ausland erhöht.“

* 13.10.2022, 9:45 Uhr: In einer früheren Version wurde im Artikel zweimal der Begriff Schätzung verwendet. Dies ist sachlich nicht exakt und wurde deshalb durch den Begriff Zahlen ersetzt.

Mehr zum Thema:

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

US-Außenminister Blinken zur Zerstörung von Nord Stream 2: „Dies bietet eine enorme strategische Chance für die kommenden Jahre“

Jeffrey Sachs: „Das ist ein Krieg zwischen Russland und den Vereinigten Staaten“

Die Geschichte verkürzt erzählen – das ist die wichtigste Manipulationsmethode bei der üblichen Bewertung des Ukrainekriegs (nachdenkseiten.de)



29. Juni 2022 um 9:30 Ein Artikel von: [Albrecht Müller](#)

Am 5. Mai hatte ich schon einmal darauf hingewiesen: Für die Bewertung des Krieges und vor allem für das Bild, das in der Öffentlichkeit von Russland und seiner Führung gezeichnet werden soll, ist es ungemein wichtig, festzuzurren, dass dieser Krieg von Russland mutwillig begonnen worden ist und dass es keine Bedrohung Russlands gab, die seine militärische Invasion zumindest erklären, wenn auch nicht rechtfertigen könnte. Wir haben schon darauf hingewiesen, **dass das Morden und Töten mit den Angriffen auf die Teilrepubliken im Osten der Ukraine schon lange vorher begann**. Jetzt werden wir auf das Wirken der sogenannten Helsinki-Kommission der US-Regierung aufmerksam gemacht. In dieser Kommission wird offen darüber beraten, **wie man Russland aufbrechen und aufteilen, und letztlich einen Regime Change bewirken könnte**. Albrecht Müller.

Das ist ein offizielles Dokument zum Thema. Es datiert vom 23. Juni 2022:

WASHINGTON — The Commission on Security and Cooperation in Europe, also known as the Helsinki Commission, today announced the following online briefing:

DECOLONIZING RUSSIA

A Moral and Strategic Imperative

[csce.gov/international-impact/press-and-media/press-releases/decolonization-russia-be-discussed-upcoming](https://www.csce.gov/international-impact/press-and-media/press-releases/decolonization-russia-be-discussed-upcoming)

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Und hier ist der Link auf die Kommission: [csce.gov/about-commission-security-and-cooperation-europe](https://www.csce.gov/about-commission-security-and-cooperation-europe).

Hier ist ein interessanter Artikel zum Thema, leider nur auf Englisch:

US gov't body plots to break up Russia in name of 'decolonization'

The US government's Helsinki Commission held a Congressional briefing plotting ways to break up Russia as a country, in the name of supposed "decolonization."

multipolarista.com/2022/06/23/us-government-decolonize-russia/

Der Autor Benjamin Norton erläutert die Ansichten der Helsinki-Kommission. Er erinnert an die bisherigen Erfolge der sogenannten **De-Kolonisierung**, genauer: der **Aufsplitterung bisheriger Staaten-Gebilde**. Das aus meiner Sicht beste „erfolgreich“ durchgestandene Beispiel liefern **die Vorgänge in Jugoslawien** in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts. In der früheren Sowjetunion und im heutigen China gab und gibt es immer wieder solche Versuche. Der Zweck auf westlicher, auf US-amerikanischer Seite ist klar zu erkennen: **Ausschaltung konkurrierender Mächte**.

Das ist insgesamt ein weltumspannendes Thema. Es gibt auf der Welt nicht nur Russland und China, die eine Fülle von verschiedenen Völkern unter einem Dach zusammenzuhalten versuchen. Aus welchen Motiven auch immer. Weitere Beispiele sind Brasilien, Argentinien, Indien, Mexiko usw. In vielen Ländern der Erde finden sich Völker, die mit anderen zusammen unter einem Dach leben. Wenn wir überall die Klammern lösen wollen und Konflikte schüren, dann gute Nacht.

Telepolis hatte übrigens [mit diesem Beitrag](#) schon auf das Thema hingewiesen.

In den meisten Berichten und Kommentaren über den Ukraine-Krieg Russlands wird **auf die Vorgeschichte nicht Bezug genommen**. **Die Geschichte wird verkürzt erzählt**. Sie umfassend in die Beurteilung einzubeziehen, wäre lästig. Das würde die Möglichkeit, sich in Talkshows und Kommentaren zu entrüsten, sehr beschränken. Und das **würde das Weltbild der Mehrheit der deutschen Journalistinnen und Journalisten und der Öffentlichkeit durcheinanderbringen**. „Wir sind die Guten“ – diese wunderbare Philosophie des Westens wäre dann getrübt.

07. April 2022 um 13:45 Ein Artikel von: [Tobias Riegel](#)

Deutsche und ukrainische Meinungsmacher aus **Medien und Politik** entfalten aktuell gemeinsam einen massiven Propaganda-Aufwand, der selbst die Corona-Kampagne übertrifft. Die **willige Hingabe vieler Redakteure und Politiker an einen ideologischen Rauschzustand ist gefährlich**. Selbst gestandene Medienkritiker – weit davon entfernt, naiv zu sein – müssen angesichts der aktuellen **Wucht der Meinungsmache und der geballten Verantwortungslosigkeit** in den Redaktionen eingestehen, geschockt zu sein. Ein Kommentar von **Tobias Riegel**.

Die Erfahrungen der Bürger mit weiten Teilen der deutschen Medien in den letzten Wochen sind erschütternd. Bereits **die Steigerung der Meinungsmache** während der **Corona-Kampagne** stellte vieles von dem in den Schatten, was die Bürger von „ihren“ Redakteuren ohnehin auszuhalten hatten. Aber seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine **ist bei vielen deutschen Redakteuren und Politikern eine nochmalige Entfesselung zu beobachten**. Die Corona- und die Kriegs-Aspekte kommen zu den bereits vorher bestehenden sozialen Verwerfungen hinzu.

Verrohung und Verantwortungslosigkeit

Die **umfassende und mutmaßlich vorsätzliche Aufladung** der deutschen Bevölkerung durch **Teile von Medien und Politik mit antirussischer Feindschaft** wird mit einer Haltung vollzogen, als gäbe es kein Morgen. Auch dadurch wird eine während der Corona-Kampagne **eingenommene verantwortungslose Grundhaltung nun fortgeführt**. Ebenso kann die antirussische Kampagne nun mit ihren **verrohenden Tendenzen** auf die durch die Corona-Propaganda verstärkte **sprachliche Verrohung** aufbauen. Der Verweis auf **drakonische neue Mediengesetze in Russland** und die Existenz russischer Kriegspropaganda ist bei dem Thema berechtigt, entlastet aber nicht die Journalisten hierzulande. [*]

Die **aktuell praktizierte Verantwortungslosigkeit in vielen Redaktionen hat wahrscheinlich gravierende und langfristige Folgen**. Albrecht Müller hat gerade die wichtige Warnung davor **ausgesprochen**, „weiter in den **Rausch der Konfrontation** zu verfallen“, die aktuelle Meinungsmache werde „**die Einstellung zum Verhältnis zu Russland für lange Zeit prägen, wahrscheinlich für eine ganze Generation**“. Zu diesen gesellschaftlichen Gefahren kommen die militärischen. Hinzu kommt **die Sinnlosigkeit der Wirtschaftssanktionen**: Während die deutschen Sanktionen mutmaßlich keinen Einfluss auf das Leid

ukrainischer Bürger haben, **können sie potenziell schwere soziale Verwerfungen in Deutschland auslösen.**

Butscha als fragwürdige Steilvorlage

Die politischen und medialen Reaktionen auf die noch ungeklärten Vorgänge von Butscha müssen **als unseriös** und verfrüht betrachtet werden. Der Wissensstand hat sich seit dem Artikel der NDS-Redaktion zum Thema nicht entscheidend geändert, darum werden wir weiterhin keine Einschätzung der Vorgänge vornehmen. Daran ändern meiner Meinung nach auch die vorgelegten, aber wenig aussagekräftigen Satellitenbilder noch nichts. Und auch (vorerst) nicht die Intervention des deutschen Geheimdienstes beim Thema, **denn auch dem BND ist in diesem Fall nicht ohne Skepsis zu begegnen.**

Und darum bleibt unser Plädoyer für eine große Zurückhaltung bezüglich Butscha vorerst bestehen: Weil **die Vorgänge in Butscha noch nicht geklärt sind**, ist jede **Propaganda und jede Politik, die auf den noch nicht bewiesenen Schuldzuweisungen gegen Russland aufgebaut wird, unseriös.** Dazu gehören auch Artikel, die Butscha jetzt schon zum „Wendepunkt“ stilisieren. Ebenso ist aber die Behauptung einer Entlastung Russlands im Fall Butscha als unseriös zurückzuweisen.

Von Skepsis gegenüber den ukrainischen Behauptungen fehlt in vielen deutschen Medien oft jede Spur. Es gibt bestimmt positive Ausnahmen, auch in den großen Medien. In der Gesamtwirkung, die auf die Bürger einprasselt, fallen solche Ausreißer aber kaum ins Gewicht. Ich habe zudem keine wirklich konsequent kritische Ausnahme in den großen deutschen „Leitmedien“ entdecken können, etwa zum Thema Butscha. Vielleicht ist unseren Lesern etwas aufgefallen?

„Sexualisierte Gewalt gehört zur Tradition der russischen Armee“

Das Problem ist darum ein eher allgemeines: Würde man nun einzelne skandalöse Beiträge aus den letzten Wochen in diesem Text analysieren, so entstünde der falsche Eindruck, diese Beispiele würden negativ herausragen, das ist nicht der Fall: Die Meinungsmache ist großflächig und unentrinnbar. Dennoch folgen hier zur Einstimmung ein paar willkürlich ausgewählte Zitate.

Besonders abzulehnen ist eine Tendenz, nicht mehr nur den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu dämonisieren, sondern **indirekt eine Art dunkle „russische Seele“ oder gewalttätige Traditionen Russlands zu suggerieren.** So behaupten „Experten“ in der „Welt“:

„Sexualisierte Gewalt gehört zur Tradition der russischen Armee. Berichte über offenbar systematische Vergewaltigungen ukrainischer Frauen und Kinder durch russische Soldaten häufen sich. Experten sehen darin ein Mittel, das Widerstand brechen und Truppen `belohnen` soll.“

Für Sasha Lobo ist die russische Schuld in Butscha bereits „offenbar“. Und im „Spiegel“ möchte er diese Schuld der russischen Regierung **dann auf eine „Mehrheit“ der Russen ausdehnen :**

*„Dass russische Truppen offenbar derart monströs handeln, enthüllt wohl das Ziel des russischen Überfalls: die Vernichtung der Ukraine. (...) Butscha und die propagandistische Reaktion bedeuteten, dass es sich nicht mehr (nur) um einen Angriffskrieg handelt, sondern um einen Vernichtungskrieg. (...) Ich halte es gerade aus deutscher Sicht für essentiell, die russische Bevölkerung nicht samt und sonders aus ihrer Verantwortung rauszuentschuldigen, jedenfalls den putinstützenden Teil. (...) Es geht hier nicht um eine Generalverurteilung aller Russinnen und Russen – aber **um die Verantwortung der Mehrheit.**“*

„Putins hemmungslose Gewalt“

Es gäbe zahllose weitere Artikel, die scharfe Kritik verdient hätten. Nach meinem Empfinden **handeln manche Redakteure noch unverantwortlicher als manche Teile der Politik**, die auf mich manchmal einen getriebenen Eindruck machen. Aber hier sollen die verantwortlichen Politiker keineswegs über Gebühr in Schutz genommen werden: Vor allem die grünen Mitglieder der Bundesregierung erzeugen den Eindruck einer **radikalen und zielgerichteten Verantwortungslosigkeit.**

Außenministerin Annalena Baerbock erklärte angesichts der „unerträglichen Bilder“ aus Butscha **laut Medien** bereits vor einigen Tagen vorverurteilend: „Putins hemmungslose Gewalt löscht unschuldige Familien aus und kennt keine Grenzen.“ Als Konsequenz kündigte sie weitere Sanktionen gegen Moskau und zusätzliche „Unterstützung für die Ukraine bei ihrer Verteidigung“ an. Im Duktus des Feindmodus gefällt sich Verteidigungsministerin Christine Lambrecht, die **laut Medien** sagte: Es gehe aus militärischer Sicht darum, dass Russland im Unklaren über die Menge und Typen der gelieferten Waffen bleibe und sich nicht darauf einstellen könne:

“Denn der Feind hört nämlich mit“, so Lambrecht.

Deutsche und ukrainische Meinungsmache

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Zu dem verantwortungslosen Teil der deutschen Medien und Politik kommt seit Wochen die anmaßende ukrainische Meinungsmache hinzu, die etwa der ukrainische Botschafter verbreitet. Zu Andrij Melnyk haben sich die NachDenkSeiten etwa [hier](#) oder [hier](#) oder [hier](#) geäußert.

Ausnahmen in dem **niederschmetternden Gesamtbild der deutschen Medienlandschaft** bilden beim Thema Ukrainekrieg einige Alternativmedien, die „Junge Welt“ oder (zum Teil) „Berliner Zeitung“ und „Freitag“. RT wurde bekanntlich verboten und ist zunehmend schwer zu erreichen. Das bevorzugte Mittel der aktuellen Propaganda ist (vor der **direkten Falschbehauptung**) die **Verkürzung oder das Verschweigen**. Dass man den Krieg Russlands gegen die Ukraine ohne die Vorgeschichte des Kriegs nicht beurteilen kann, wird [in diesem Artikel](#) beschrieben.

Sie haben uns damals „Weißhelme“, Bellingcat, die „Syrische Stelle für Menschenrechte“ oder „Bana aus Aleppo“ als glaubhaft verkauft

Zu den aktuellen Verfehlungen kommt folgender Aspekt aus der Vergangenheit: Die Medien haben bereits **bei ähnlichen Vorkommnissen ihren Ruf verspielt**. Wer den Bürgern jahrelang vorgaukelt, dass die **„Weißhelme“, Bellingcat, die „Syrische Stelle für Menschenrechte“ oder „Bana aus Aleppo“ glaubhafte Quellen sind**, um russische Kriegsverbrechen (in Syrien) zu belegen, **denen ist vorerst nicht mehr zu glauben.**

Bekannt ist auch, dass die **ukrainische Regierung in westlichen Medien nur selten Objekt genauerer Untersuchungen wird**, selbst wenn sich Indizien stapeln. So wird die Ukraine etwa bei den Fällen **MH17, Maidan-Massaker oder Donbas-Krieg** von westlicher Seite erheblich weniger mit Anschuldigungen behelligt, wenn diese überhaupt erhoben werden. Auch bei den aktuellen Hinweisen auf [mutmaßliche ukrainische Kriegsverbrechen](#) reagierte etwa die „Tagesschau“ vor einigen Tagen viel zurückhaltender als nun bei Butscha. In dem Fall war das aber richtig: Auch die Videos der ukrainischen Gräueltaten müssen natürlich erst geprüft werden, bevor man mit ihnen Politik und Propaganda gegen Kiew macht. **Der Skandal ergibt sich aus der gleichzeitigen und radikalen Ungleichbehandlung der Vorgänge.**

Der Triumph der Heuchelei

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Unter anderem die „Tagesschau“ nutzte aber wenigstens teils die korrekte Einschränkung „mutmaßlich“, wenn es um die Vorfälle in Butscha ging. Diese Konzessionen an die eigene Berufsethik ging unter anderem dem Journalisten Filipp Piatov schon zu weit, wie er auf Twitter [kundtat](#). Und die durch ihre „Berichterstattung“ vom Maidan restlos diskreditierte Golineh Atai [fordert](#) offen die Ungleichbehandlung von Gesprächspartnern, je nach politischer (oder gar geografischer?) Herkunft – schließlich soll der geforderte Nachsatz ja mutmaßlich nur bei Russen angehängt werden:

„Wie oft in den vergangenen acht Jahren haben wir immer wieder davor gewarnt, Kreml-Behauptungen (sprich: LÜGEN) einfach nur wiederzugeben, ohne den Nachsatz: „Das entspricht nicht den bekannten Fakten.“ Wie oft? Ich kann echt nicht mehr. Ich hab's aufgegeben.“

Der hier [aufblitzende Aspekt der Heuchelei](#) (etwa angesichts der völlig anders wahrgenommenen US-Verbrechen) durchzieht die Ukraine-Propaganda wie ein roter Faden. Auf den Punkt gebracht wurde er kürzlich in dem Artikel [„Das Völkerrecht ist ein bedeutungsloses Konzept, wenn es nur für US-Gegner gilt“](#).

Summiert man die in diesem Artikel beschriebenen Vorgänge, so kann man Teile des deutschen [Medienbetriebs aktuell nur als unseriösen Zirkus wahrnehmen](#), der sich einem [ideologischen Rausch hingibt](#) und sich [vollends von den Regeln des eigenen Berufes verabschiedet hat](#).

[Russland handelt auch aus Notwehr \(nachdenkseiten.de\)](#)

28. Februar 2022 um 9:31 Ein Artikel von: [Tobias Riegel](#)

Russland ist in einen seit acht Jahren wütenden Krieg eingetreten. Völkerrechtlich ist der brutale Schritt trotzdem verboten. Die Schrecken des Krieges, die durch Russlands Angriff nun auch Zivilisten in der westlichen Ukraine treffen, sind nicht zu leugnen. [Die Lebensgefahr der Bewohner des Donbass und die drohenden NATO-Aggressionen an der russischen Grenze – beides jahrelang ignoriert – aber ebensowenig](#). Die nun explodierenden Militärausgaben in Deutschland kann man nicht Russland anlasten, [deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine sind strikt abzulehnen](#). Ein Kommentar von **Tobias Riegel**.

Hinweis: Der Krieg in der Ukraine polarisiert nicht nur unsere Leser. Auch die Redaktion der NachDenkSeiten kommt zu unterschiedlichen Positionen. Dieser Beitrag ist darum nicht Konsens unter den Kollegen.

Der Krieg in der Ukraine, in den Russland nun eingreift, läuft seit acht Jahren. **Er wurde 2014 von Kiew gegen die abtrünnigen Gebiete begonnen.** Dieser Krieg läuft sehr einseitig: **Kiew greift an, die sogenannten Volksrepubliken verteidigen sich** mit russischer Hilfe. Laut OSZE stammt **der ganz überwiegende Teil der zivilen Opfer aus den sogenannten Volksrepubliken.** Wenn in diesem Text von „der Ukraine“ gesprochen wird, dann meint das die Regierung in Kiew, nicht die Bevölkerung.

Die von westlicher Seite **nie angemessen infrage gestellte „Legitimation“ für die militärischen Angriffe auf die „Volksrepubliken“ ist ihre Weigerung, die Ergebnisse des Maidan-Umsturzes und die daraus erwachsenen dubiosen bis rechtsradikalen Machtstrukturen in der Westukraine zu akzeptieren.** Dieser Schritt erfolgte auch deshalb, weil diese Strukturen sofort große Feindseligkeiten gegenüber den östlichen (und stark mit Russland verwobenen) Landesteilen offenbarten (Hintergründe hier oder hier). **Diese militärischen Angriffe haben also keine Legitimation.**

Russland in höchster Alarmbereitschaft

Die **aus russischer (und humanitärer) Sicht inakzeptablen Zustände im Donbass** sind aber nur ein Teil der Erklärung für die jetzigen Vorgänge. Weitere Gründe finden sich **in der NATO-Osterweiterung, den westlichen Wortbrüchen, den Angriffskriegen und den ignorierten Roten Linien.** Es gab vor dem Einmarsch aus russischer Sicht allen Grund zu **höchster Alarmbereitschaft bezüglich geopolitischer Angriffe.** Meiner Ansicht nach müsste man dieser Sicht als objektiver Beobachter zustimmen.

Angesichts dieser Tatsachen kann man **den russischen Kriegseinsatz teilweise als Notwehr einordnen:** Früher oder später wäre die **Ukraine NATO-Mitglied** und (dann auch offiziell) **Aufmarschgebiet für schwere Waffen** für dieses sehr **feindselige Angriffsbündnis** geworden. Ein von Russland mit Recht geforderter prinzipieller Verzicht auf solche Pläne wurde **vom Westen brüsk zurückgewiesen.** Wichtig ist, dass **die Feindseligkeiten der NATO gegenüber**

Russland (bis vor einigen Tagen) absolut einseitig waren.

„Notwehr-Exzess“?

Notwehr ist in bestimmten Situationen legal, aber auch aus Notwehr begangene Taten können schrecklich sein. Zudem gibt es auch den Tatbestand des „Notwehrexzess“, den man Russland anlasten könnte, je nach weiterer Entwicklung. Die Tat selber (der gewaltsame Einmarsch) kann natürlich nicht schöngeredet werden, warum sollte man das auch tun? Hier geht es darum, mit

kühler Distanz die Gründe zu skizzieren, die zur Situation geführt haben. Und den Befund, dass Russland meiner Meinung nach nicht viele andere Optionen hatte.

Ob Krieg ein Mittel der Politik ist – zu dieser Entscheidung tragen mehrere Seiten bei. Der russische Einmarsch und seine Begründung können als die ultimative politische Anmaßung bezeichnet werden – und doch stehen hinter dieser Anmaßung begründete Ängste. Die Gegner des Einmarsches nehmen indirekt den **Status Quo in Kauf: eine Situation mit jahrelangem Kriegszustand und Todesopfern im Donbass, mit extremer Feindseligkeit und perspektivisch mit schweren Waffen.** Und einen permanenten US-Stachel in Europa. Auch die Gefahr eines **„großen Krieges“** würde sich schlagartig erhöhen, würde **der Ukraine die schwere Bewaffnung gegen Russland oder ein NATO-Beitritt gestattet** – und **das wäre bei einer Untätigkeit Russlands höchstwahrscheinlich gewesen.** Die moralische Betrachtung hängt auch davon ab, für wie real man die Gefahren für russisches Territorium und Bevölkerung einschätzt. Die Forderung, Russland solle an den Verhandlungstisch zurückkehren, ist gut – aber dann hätten nicht alle relevanten Sicherheitsgarantien vorher ausgeschlossen werden dürfen.

Die Ukraine ist ein Vasallenstaat der USA

Das Verhalten der Ukraine gegenüber der EU ist inakzeptabel, bereits seit Jahren. Die offene Ablehnung des europäischen Friedensplans und die **Rolle als militaristischer Provokateur der USA sind**

brandgefährliche Handlungen. Die **Duldung des ukrainischen Boykotts von Minsk-II hat zur heutigen Lage geführt.** Das auftrumpfende Handeln der Regierungen in Kiew ist nur möglich durch die **Rückendeckung** der USA: Die **Ukraine ist ein Vasallenstaat** (Hintergründe [hier](#) oder [hier](#)) mit starken demokratischen Defiziten ([hier](#) oder [hier](#)).

All das sind für sich keine Kriegsgründe, aber zusammengenommen ergibt sich doch ein ganz anderes Bild, als momentan in vielen Medien verbreitet wird: Das Bild eines **friedlich vor sich hin lebenden Staates, der nun aus dem Nichts hinterrücks überfallen wird, hält nicht stand.**

Meine große (vielleicht naive) Hoffnung ist, dass der russische Einsatz kein Krieg gegen „die Ukraine“ wird, sondern sich ausschließlich gegen einen US-dominierten „tiefen Staat“ innerhalb des Landes richtet, der sich im Zuge des Maidan etabliert hat. Und gegen die **Nazi-Batallione**. Der Krieg wird trotzdem jetzt auch Zivilisten in der Westukraine in furchtbarer Weise treffen. Die nur vorläufige und sehr eingeschränkte „Legitimation“ hängt stark von der Art, der Dauer, den Opferzahlen, dem Termin eines kompletten Wiederabzugs und der Form der Nachkriegsordnung ab. Darum kann man Russland auch nicht heute vorsehend ein moralisches Attest für die weiteren Ereignisse ausstellen: Möglicherweise muss die jetzige Einschätzung revidiert werden. **Jetzt aber Waffen in das Gebiet zu schicken, wirkt ausschließlich kriegsverlängernd und ist ein Vergehen.**

Ukraine gleich Irak?

Die westlichen Angriffskriege der letzten Jahre werden nicht gerechtfertigt, indem man nun die Gründe für den russischen Krieg zu verstehen sucht: **Dass in der Ukraine westliche Massenvernichtungswaffen stationiert werden sollten, ist hier als ein wichtiger Grund zu sehen, neben einer Offensive gegen den Donbass.** Meiner Meinung nach kann man der russischen Seite unterstellen, dass sie durch diese **drohende Stationierung Gefahr im Verzug gesehen hat und sich zum sofortigen Handeln gezwungen sah, um weit gravierendere zukünftige Konflikte zu verhindern.** Darüber, wie akut diese Gefahr tatsächlich war, herrscht ein Meinungskampf. Die **zu stationierenden Raketen wären aber**

real, sie liegen bereits in westlichen Arsenalen – im Gegensatz etwa zu den Massenvernichtungswaffen Iraks, die gar nicht existiert haben.

Andererseits dürften die USA meiner Meinung nach sehr wohl der Stationierung russischer Raketen vor der Haustür (etwa in Mexiko) entgegentreten. Das (eine tatsächliche Bedrohung!)

wäre doch der entscheidende Unterschied etwa zum Irak-Krieg. Ein solches Entgegentreten wäre zwar dennoch imperialistisches Gehabe, in dem Fall würde es aber eher der Entspannung dienen: Solange militärische Blöcke noch nicht überwunden sind, sollten sie sich nicht schwer bewaffnet direkt gegenüberstehen. Darum dürften auch keine russischen Raketen auf Kuba angestrebt werden, während man ihrer Stationierung (im Sinne des Weltfriedens) sehr wohl entgegentreten dürfte – die Kubakrise kann hier indirekt einige Parallelen liefern.

Dass die Handlungen von Ukraine/USA der letzten acht Jahre an der russischen Grenze eine Bedrohung für Russlands Sicherheit darstellen, kann man nicht leugnen. Ebenso wenig, dass weder Irak noch Afghanistan oder Libyen jemals die Sicherheit der USA bedroht hätten. Gleichmacherei ist hier unseriös.

Russland hat sich abgewendet

Auch ich bin geschockt von dem massiven Einmarsch, dem Leid und den Toten. Zusätzlich hätte ich nicht gedacht, dass Russland einen solchen Freibrief für Gegenreaktionen ausstellen würde. Aber man kann Russland nun nicht die Schuld dafür geben, dass der Schritt hierzulande für Aufrüstung ausgeschlachtet wird. Irrational erscheint das russische Handeln vor allem dann, wenn man meint, dass Russland noch auf das Wohlwollen Deutschlands oder „des Westens“ warten würde. Die russische Rücksichtslosigkeit gegenüber Reaktionen aber zeigt: Russland ist nun offenbar völlig desillusioniert, es hat sich abgewendet. Das ist ein dramatischer und gefährlicher Moment, vor dem die NachDenkSeiten immer wieder gewarnt haben.

Man hätte diesen Moment verhindern müssen und können, durch große und reale Schritte von westlicher Seite, für die es jetzt zu spät ist – die Garantie einer demilitarisierten und blockfreien Ukraine hätte meiner Meinung nach den jetzigen Angriff sogar noch in letzter Minute verhindern können. Langfristig hätte man

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

bereits in den vergangenen Jahren die immer wieder ausgestreckten Hände der Russen ergreifen müssen: Nicht nur aus Respekt vor einem europäischen Nachbarn und vor der deutsch-russischen Geschichte, sondern auch aus **Selbstschutz: Die Konfrontation mit Russland schadet massiv den Interessen der deutschen Bevölkerung.**

[Das Völkerrecht ist ein bedeutungsloses Konzept, wenn es nur für US-Gegner gilt \(nachdenkseiten.de\)](http://nachdenkseiten.de)

21. März 2022 um 10:04 Ein Artikel von: [Redaktion](#)

Nicht das Recht des Stärkeren, **sondern die Stärke des Rechts müsse gelten** – das ist eine so **konsensfähige wie wohlfeile Sentenz**. Auffällig ist vor allem, wann diese Formel benutzt wird: 2014 zum Beispiel pochte Angela Merkel anlässlich der Krimkrise gegenüber Russland auf **das Primat der Stärke des Rechts**, genauso wie 2016 auf einer Reise nach China gegenüber ihren Gastgebern. Und im Januar dieses Jahres mahnte Bundeskanzler Olaf Scholz Russland mit diesen Worten. Die australische Journalistin **Caitlin Johnstone** unterzieht die „Stärke des Rechts“ in den internationalen Beziehungen einer kritischen Bestandsaufnahme. Übersetzung: **Susanne Hofmann**.

Der australische Whistleblower David McBride [twitterte](#) jüngst:

*„Man hat mir die Frage gestellt, ob ich denke, dass die Invasion in die Ukraine illegal ist. Meine Antwort ist: **Wenn wir unsere eigenen Anführer nicht zur Verantwortung ziehen, dann können wir andere Anführer auch nicht zur Verantwortung ziehen. Wenn das Gesetz nicht konsequent angewandt wird, dann ist es nicht das Gesetz. Dann ist es nur ein Vorwand, unsere Feinde ins Visier zu nehmen. Wir werden für unsere Hybris 2003 künftig einen hohen Preis bezahlen. Wir haben es nicht nur versäumt, Bush und Blair zu bestrafen**, wir haben sie sogar belohnt. Wir haben sie wiedergewählt. Wir haben sie in den Ritterstand erhoben. Wenn ihr Putin im richtigen Licht sehen wollt, dann stellt ihn euch vor, wie er mit einem Düsenjet landet und dann sagt: ‚Mission Accomplished‘.“*

Soweit ich sehe, ist dieses Argument logisch unangreifbar. **Das Völkerrecht ist ein bedeutungsloses Konzept, wenn es nur für diejenigen gilt, die die US-Macht-Allianz nicht mag.** Diesen Punkt veranschaulicht das Leben von McBride selbst, dessen

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

eigene Regierung auf seine Veröffentlichung von unterdrückten Informationen über Kriegsverbrechen australischer Truppen in Afghanistan reagierte, indem sie ihn als Verbrecher anklagte.

Weder George W. Bush noch Tony Blair sitzen im Gefängnis in Den Haag, wo sie nach dem Völkerrecht sein müssten. Bush malt immer noch in seinem behaglichen Haus vor sich hin, vergleicht Putin öffentlich mit Hitler und macht sich stark für mehr Interventionen in der Ukraine. Blair betreibt immer noch nach Herzenslust Kriegstreiberei und sagt, die NATO sollte den direkten Angriff auf russische Streitkräfte nicht ausschließen – was dem Ruf nach einem atomaren Weltkrieg entspricht.

Sie sind frei wie die Vögel und pfeifen ihre alten dämonischen Lieder von den Dächern.

Wenn man auf diesen offensichtlichen logischen Bruch in Diskussionen über die Legalität von Wladimir Putins Invasion hinweist, wird einem oft „Whataboutism“ vorgeworfen – das bringen Anhänger des Imperiums gerne lautstark vor, wenn man gerade auf erdrückende Beweise dafür hingewiesen hat, dass das Verhalten ihrer Regierung ihren Standpunkt zum Thema klar widerlegt. Das ist kein „Whataboutism“; **es ist eine direkte Anklage, die das Argument völlig zunichtemacht, weil es dazu einfach kein Gegenargument gibt.**

Der Einmarsch in den Irak übergang die Gesetze und Protokolle zu militärischem Eingreifen, wie sie die Charta der Vereinten Nationen vorsieht. Die aktuelle militärische US-Besetzung Syriens stellt einen Bruch des Völkerrechts dar. Das Völkerrecht hat nur in dem Maße Bestand, in dem die Nationen der Welt willens und in der Lage sind, es durchzusetzen. Und aufgrund der **militärischen Macht des US-Imperiums** sowie, was noch entscheidender ist, seiner Kontrolle des Narrativs bedeutet dies, dass dem Völkerrecht nur mit Zustimmung dieses Imperiums Geltung verschafft wird.

Darum stammen die vor dem Internationalen Strafgerichtshof (ICC) angeklagten und inhaftierten Menschen immer aus schwächeren, überwiegend afrikanischen Nationen, während es sich die USA sogar völlig ungestraft erlauben können, ICC-Mitarbeiter zu sanktionieren, wenn sie nur davon sprechen, amerikanische Kriegsverbrechen untersuchen zu wollen. Darum hat auch

die **Bush-Administration 2002** das „**Den-Haag-Invasionsgesetz**“ erlassen, in dem festgelegt ist, dass man militärische Gewalt einsetzen werde, um US- oder mit den USA verbündetes Militärpersonal vor jedem Versuch des ICC zu schützen, sie **für Kriegsverbrechen zu verfolgen**. Daher rührt auch **Noam Chomskys berühmter Ausspruch**, dass – **hätte man die Nürnberger Gesetze weiterhin fair und konsequent angewandt – jeder US-Präsident nach dem Zweiten Weltkrieg gehängt worden wäre**.

Darum sagte auch der frühere **US-Sicherheitsberater John Bolton** einmal, dass die **US-Kriegsmaschine** „international im anarchischen Umfeld agiert, in dem andere Regeln gelten“, was „ein Handeln erforderlich mache, das wir in einem normalen Geschäftsumfeld in den Vereinigten Staaten unprofessionell fänden“.

Bolton weiß, wovon er spricht. Mit seinem blutrünstigen Vorstoß, Zustimmung für den Einmarsch in den Irak herzustellen, war er die **treibende Kraft** hinter der Absetzung des Generaldirektors der Organisation für das Verbot Chemischer Waffen (OPCW), einer wichtigen Institution zur Durchsetzung des Völkerrechts, und er bedrohte zu diesem Zweck unter anderem **die Kinder des Generaldirektors**. Die OPCW unterliegt nun dem Diktat der US-Regierung, was **die Vertuschung eines False-Flag-Vorfalles im Jahr 2018** in Syrien zeigt, der zu Luftangriffen durch die USA, Großbritannien und Frankreich zu Boltons Amtszeit als Trumps oberstem Berater führte.

Die **USA arbeiten kontinuierlich daran, die Institutionen zur Durchsetzung des Völkerrechts zu unterminieren**, um ihre eigenen Interessen voranzutreiben. Als die USA 1991 die Zustimmung der UNO für den Golfkrieg erlangen wollten, wagte es der Jemen, **dagegen zu stimmen**. Nach der Abstimmung sagte ein Mitglied der US-Delegation dem jemenitischen Botschafter: „Das ist die teuerste Abstimmung Ihres Lebens.“ Der Jemen verlor nicht nur 70 Millionen Dollar Entwicklungshilfe aus den USA, sondern zudem einen wertvollen Arbeitsvertrag mit Saudi-Arabien, und eine Million jemenitische Immigranten wurden von Amerikas Verbündeten am Golf nach Hause geschickt.

Die einfache Beobachtung, wer der internationalen Strafverfolgung unterliegt und wer nicht, **macht deutlich, dass das ganze Konzept des Völkerrechts zu einem narrativen Konstrukt verkommen ist, das dazu benutzt wird, Regierungen niederzuknüppeln und zu untergraben, die dem Imperium rund um die USA nicht**

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

gehörchen. Darin liegt der Grund, weshalb vor dieser Konfrontation mit Russland sich die Manager des Imperiums dafür stark machten, den Begriff „Völkerrecht“ durch die Wendung „regelbasierte internationale Ordnung“ zu ersetzen – was alles und nichts heißen kann und ganz der Interpretation der weltweit dominanten Machtstruktur unterliegt.

Es ist durchaus möglich, dass Putin eines Tages abgesetzt und vor ein Kriegsverbrechertribunal gestellt wird, aber das verleiht dem Gericht keine Gültigkeit. Man kann logisch argumentieren, dass Putins Invasion in die Ukraine falsch ist und katastrophale Folgen haben wird, die weit über das bisherige Blutvergießen hinausgehen. Es entbehrt aber jeder Logik, zu behaupten, dass die Invasion illegal ist. Weil es keinen glaubwürdigen Rahmen zur Durchsetzung eines solchen Konzepts gibt.

Wie der US-amerikanische Juraprofessor Dale Carpenter sagte: „Wenn Bürger nicht darauf vertrauen können, dass Gesetze gerecht und ehrlich angewandt werden, kann man nicht sagen, dass sie unter der Herrschaft des Rechts leben. Vielmehr leben sie unter der Herrschaft von Menschen, die vom Gesetz korrumpiert wurden.“ Das gilt umso mehr für Gesetze zwischen den Staaten. Man kann das Völkerrecht nicht erst aushöhlen und sich dann darauf berufen, indem man behauptet, eine Invasion sei „illegal“. Das ist kein legitimes Vorgehen. So lange wir in einer Wild-West-Umgebung leben, die von einem weltumspannenden Imperium geschaffen wurde, das davon profitiert, sind Behauptungen zur Legalität ausländischer Invasionen nur leere Worte.

Mit friedliebenden Grüßen aus dem aktiven Widerstand, ihr göttlicher Klaus



WELTFRIEDEN-INTENTIONSPROJEKT von Klaus Schreiner, Innsbruck